

INHALT

BEITRÄGE

Wohngeldempfänger im Saarland	3
Frauen im öffentlichen Dienst	11
Immer mehr Amtspflegschaften und Vaterschaftsfeststellungen	15
Preisindex für die Lebenshaltung im November 1997	19

GRAPHIKEN

Wirtschaftsgraphiken	23
----------------------	----

TABELLENTEIL

Zahlenspiegel	29
---------------	----

KONJUNKTUR AKTUELL

Verarbeitendes Gewerbe - Oktober 1997	38
---------------------------------------	----

ANHANG

Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes Saarland	40
Mitteilungen des Amtes	40



Sozialleistungen

Wolfgang Backes

Wohngeldempfänger im Saarland

Vorbemerkungen

Seit nunmehr über 30 Jahren ist das Wohngeld ein wichtiger Bestandteil der Wohnungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland¹⁾. Mit Hilfe des Wohngeldes soll für die Bundesbürger zumindest die finanzielle Voraussetzung für eine den persönlichen und familiären Umständen angemessene Wohnraumversorgung geschaffen werden. Die Leistungen werden als Zuschuß gewährt. Sowohl Mieter als auch Eigentümer von Eigenheimen oder Wohnungen haben bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen einen Rechtsanspruch auf die Leistung. Mietern wird das Wohngeld als Mietzuschuß gewährt, Eigentümer oder Inhaber eigentumsähnlicher Dauerwohnrechte erhalten einen sogenannten Lastenzuschuß. Die Höhe des Wohngeldanspruches ist von der individuellen Situation des Empfängerhaushaltes abhängig. Entscheidende Faktoren sind neben dem anrechenbaren Einkommen die Haushaltsgröße sowie die Höhe der zu berücksichtigenden Miete oder - im Falle des Eigentümers - der Belastung. Abweichend von den Bestimmungen über eine individuelle Ermittlung der Ansprüche, der sogenannten "spitzen Berechnung" (auch *Tabelle Wohngeld* genannt), erfolgt die Gewährung bei Empfängern von Sozialhilfe oder Kriegsopferfürsorge in *pauschalierter Form*, wobei sich die Höhe nach den Prozentsätzen der im Sinne des Bundessozialhilfegesetzes anerkannten Aufwendungen für die Unterkunft bestimmt. Das Wohngeld wird in diesen Fällen zusammen mit der Sozialhilfe oder den Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz gezahlt. Aufgrund dieser Verfahrensweise, die seit April 1991 Anwendung findet, ist es für den genannten Empfängerkreis nicht mehr erforderlich, einen gesonderten Wohngeldantrag zu stellen. Die detaillierte Anspruchsermittlung nach dem Wohngeldgesetz entfällt und damit auch die umständliche und verwaltungsaufwendige Verrechnung von Leistungen zwischen den Wohngeldstellen und den Sozialhilfe- und Kriegsopferfürsorgestellen. Die Höhe

der Gesamtleistungen für die Anspruchsberechtigten selbst ändert sich durch das Pauschalierungsverfahren nicht. Die Pauschalierung des Wohngeldes kommt nur bei Mietern zur Anwendung, Eigentümer von Wohnungen oder Häusern erhalten, wenn die Voraussetzungen vorliegen, stets spitz berechnetes Wohngeld.

Nach § 35 des Wohngeldgesetzes ist über die Anträge und Entscheidungen nach diesem Gesetz sowie über die persönlichen und sachlichen Verhältnisse der Wohngeldempfänger eine Bundesstatistik zu führen. Die Wohngeldstatistik beruht als reine Sekundärstatistik auf den Daten der Bewilligungsstellen. Sie bildet die Grundlage für die Beurteilung der sozialen und finanziellen Auswirkungen des Wohngeldgesetzes sowie für Überlegungen zur Fortentwicklung und Anpassung des Wohngeldrechts. Novellierungen des Wohngeldgesetzes sind in mehr oder weniger regelmäßigen Zeitabständen erforderlich, soll die Zielsetzung des Gesetzes nicht im Zeitablauf mehr und mehr ausgehöhlt werden. Da nämlich die Höhe des Anspruchs, der sich aus dem Gesetz ableitet, eine in erster Linie vom Einkommen des jeweiligen Haushaltes abhängige Größe ist, sinkt der nach den einschlägigen Vorschriften ermittelte Wohngeldbetrag *ceteris paribus* bei nominal steigenden Einkommen, unabhängig davon, ob auch eine reale Einkommensverbesserung stattgefunden hat oder nicht. Auf der anderen Seite führt zwar ein Anstieg der Mieten oder der Belastungen aus dem Eigentumserwerb zu einer Erhöhung der Ansprüche, allerdings nur bis zur Höhe der im Gesetz festgeschriebenen Höchstgrenzen für zuschußfähige Mieten oder Belastungen. Im Zeitablauf führt diese Festschreibung dazu, daß immer mehr Wohngeldempfänger ohne das Äquivalent eines realen Einkommenszuwachses aus der Bezuschussung herausfallen, bis eine Anpassung im Rahmen einer Novellierung dieser Entwicklung gegensteuert. Die letzte Änderung des Wohngeldrechtes erfolgte zum 1. Januar 1992 mit der Einführung neuer Baualtersklassen. Ob mit einer Novelle im Jahr 1998 der

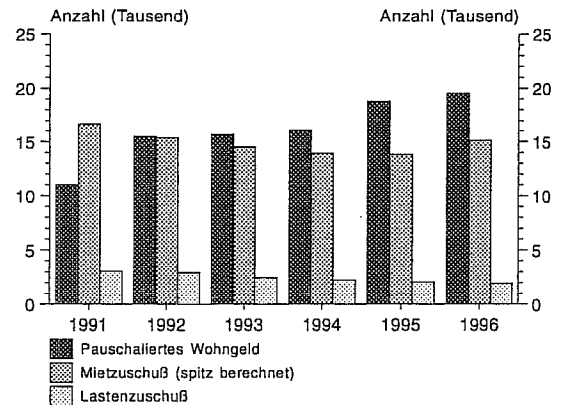
1) Gesetzliche Regelungen zur finanziellen Unterstützung von Mietern, in bestimmten Fällen auch von Eigentümern, existierten bereits vor Inkrafttreten des Wohngeldgesetzes am 1. April 1965. Unmittelbare Vorläufer des Wohngeldgesetzes waren das Gesetz über die Gewährung von Miet- und Lastenhilfen vom 23. Juni 1960 sowie das Gesetz über Wohnbeihilfen vom 29. Juli 1963, die dazu beitragen sollten, den infolge der Mietpreisfreigabe zu erwartenden Wohnkostenanstieg für die Betroffenen finanziell abzufedern.

zwischenzeitlichen Einkommens- und Mietenentwicklung Rechnung getragen wird, ist angesichts der Haushaltssituation bei Bund und Ländern eher unwahrscheinlich.

Jeder 14. Haushalt im Saarland erhielt Ende 1996 Wohngeld

Ende 1996 erhielten 36 613 Haushalte¹⁾ im Saarland Leistungen nach dem Wohngeldgesetz. Damit lagen bei etwa jedem 14. saarländischen Haushalt die Anspruchsvoraussetzungen vor und der Anspruch wurde auch geltend gemacht. Gegenüber dem 31. Dezember 1995, dem Stichtag des Vorjahres stieg die Empfängerzahl nochmals um 1 929 Haushalte oder 5,6 % an. Verglichen mit 1991, dem Jahr der letzten Wohngeldnovelle, bei der eine Anpassung an die Einkommensentwicklung stattgefunden hat, ist eine Zunahme um 5 843 Haushalte oder rund 19 % festzustellen. Betrachtet man hierbei die Wohngeldempfänger differenziert nach der Art ihres Anspruches, zeigt sich eine recht gegenläufige Entwicklung: Während sich die Zahl der Lastenzuschußempfänger seit 1991 um mehr als ein Drittel von 3 073 auf zuletzt 1 955 verringert hat, kam es bei der Zahl der Mietzuschußempfänger zu einem kräftigen Anstieg um 6 961 Haushalte, also gut einem Viertel, auf 34 658 bis zum Jahresende 1996. Und innerhalb der Gruppe der Mietzuschußempfänger waren es wiederum diejenigen, die pauschaliertes Wohngeld erhielten, auf die der

Wohngeldempfänger im Saarland 1991 bis 1996 nach der Art der Wohngeldgewährung



1097BAC1

Anstieg zurückging. Ihr Zahl erhöhte sich allein seit 1991 von 11 004 in den folgenden fünf Jahren um 8 537 oder knapp

1. Entwicklung des Wohngeldes im Saarland 1991 bis 1996

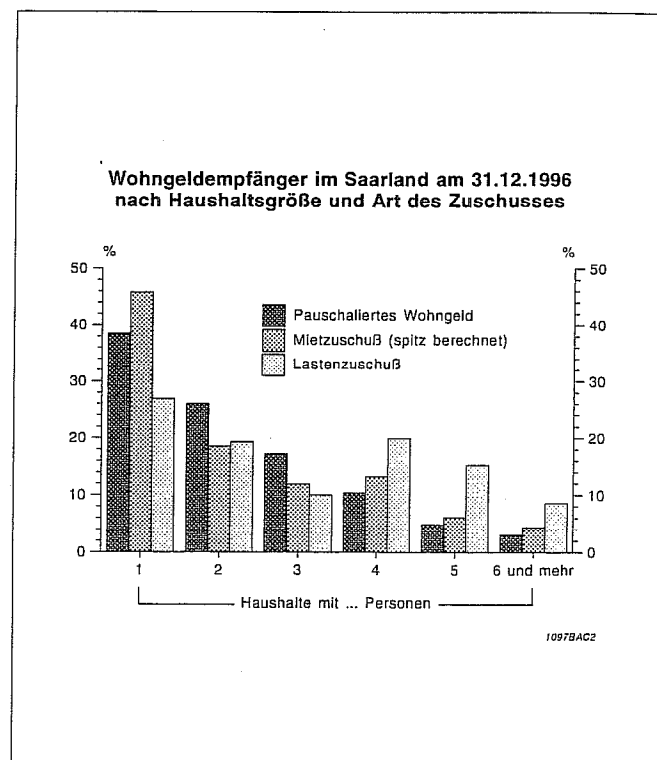
Jahr	Empfänger (31.12.) von			Durchschnittlicher monatlicher Wohngeldanspruch			Im Laufe des Jahres gezahltes Wohngeld
	Wohngeld insgesamt	Miet-	Lasten-	insgesamt	Miet-	Lasten-	
		zuschuß			zuschuß		
	Anzahl	DM					
1991	30 770	27 697	3 073	168	144	137	61 870
davon							
spitz	19 766	16 693	3 073	143	144	137	50 070
pauschaliert	11 004	11 004	X	213	213	X	11 800
1992	33 784	30 860	2 924	176	180	138	71 712
davon							
spitz	18 274	15 350	2 924	134	133	138	33 661
pauschaliert	15 510	15 510	X	227	227	X	38 051
1993	32 663	30 211	2 452	192	196	138	76 275
davon							
spitz	16 972	14 520	2 452	136	135	138	29 663
pauschaliert	15 691	15 691	X	252	252	X	46 612
1994	32 284	30 057	2 227	205	211	136	75 880
davon							
spitz	16 153	13 962	2 227	136	136	136	29 647
pauschaliert	16 131	16 131	X	275	275	X	46 233
1995	34 684	32 641	2 043	220	225	141	85 463
davon							
spitz	15 882	13 839	2 043	139	138	141	29 043
pauschaliert	18 802	18 802	X	289	289	X	56 420
1996	36 613	34 658	1 955	227	231	146	91 961
davon							
spitz	17 072	15 117	1 955	145	145	146	29 608
pauschaliert	19 541	19 541	X	298	298	X	62 357

1) Die Empfängerzahl am 31. Dezember enthält auch die Zahl der rückwirkenden Bewilligungen aus dem ersten Quartal des Folgejahres.

78 % auf 19 541 Haushalte. Demgegenüber hat sich die Zahl der Empfänger von spitz berechnetem Mietzuschuß ausgehend von 16 693 im Jahr 1991 nach einer von 1992 bis 1995 zu beobachtenden rückläufigen Entwicklung erst im Jahr 1996 gegenüber dem Vorjahr wieder um 9,2 % auf 15 117 erhöht. Zu berücksichtigen ist bei einem Vergleich mit 1991 allerdings, daß der Jahresendbestand 1991 noch einen Teil von Tabellenwohngeldbeziehern enthält, deren Ansprüche im ersten Quartal des Jahres noch spitz berechnet wurden und über den Jahreswechsel hinausreichten, obwohl sie nach der ab April 1991 geltenden Verfahrensweise den pauschal berechneten Fällen zuzurechnen gewesen wären. Der Wechsel zur Gruppe der Empfänger von pauschalem Wohngeld erfolgte beim Weiterbestehen der Ansprüche erst im Jahr 1992. Die Ursache für die Entwicklung bei den Lastenzuschußempfängern dürfte insbesondere darin zu sehen sein, daß viele Empfänger aufgrund von Verbesserungen ihrer nominalen Einkommenssituation mittlerweile die seit 1991 festgeschriebenen Höchstbeträge für das anrechenbare Einkommen überschritten und somit ihre Anspruchsberechtigung verloren haben. Die gleichen Gründe dürften auch für die rückläufige Entwicklung bei den spitz berechneten Mietzuschüssen bis zum Jahr 1995 eine nicht unwesentliche Rolle gespielt haben. Darüber hinaus wechseln allerdings auch Haushalte, die zuvor Tabellenwohngeld bezogen haben, zum pauschalierten Wohngeld, dann etwa, wenn Leistungsansprüche an die Bundesanstalt für Arbeit entfallen und anschließend Sozialhilfe in Anspruch genommen werden muß. Für den starken Anstieg der Empfängerzahlen von spitz berechnetem Mietzuschuß im Jahr 1996 gegenüber 1995 ist sicherlich die angespannte Wirtschaftslage mit ihren negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt mitverantwortlich.

Überwiegend Ein- und Zweipersonenhaushalte erhalten Wohngeld

Betrachtet man die Haushalte der Wohngeldempfänger Ende 1996 nach ihrer Größenstruktur, so erkennt man, daß die kleinen Haushalte einen Schwerpunkt bilden. Gut vier von zehn Empfängern (40,9 %) leben alleine, mit 22,6 % bilden die Zweipersonenhaushalte die zweitgrößte Gruppe. Haushalte mit mindestens drei Personen machen einen Anteil von 36,5 % aus. Stellt man diese Zahlen der Größenstruktur aller Privathaushalte im Saarland gegenüber, zeigt sich, daß die Wohngeldempfänger bei den Single-Haushalten, das waren nach den Ergebnissen des Mikrozensus im April 1997 hochgerechnet 37,7 % aller saarländischen Haushalte, überrepräsentiert sind. Bei den Zweipersonenhaushalten, die 32,3 % der saarländischen Haushalte stellen, sind die Wohngeldempfänger hingegen unterdurchschnittlich vertreten. Über die Zahl der Haushalte mit Kindern sind Aussagen aufgrund der vorhandenen Datenlage leider nur für die Empfänger von Tabellenwohngeld möglich.



geld möglich. Hier zeigt sich, daß in der Gruppe der Zweipersonenhaushalte die Alleinerziehenden eine bedeutende Größe darstellen. Von den 3 171 Haushalten handelte es sich in 1 284 Fällen, also bei über 40 %, um Alleinerziehende. Bei den Dreipersonenhaushalten lag der Anteil immerhin noch bei knapp drei Zehnteln. Hierin zeigt sich die besondere Bedeutung des Wohngeldes auch für Personen, die aus familiären Gründen keiner bzw. keiner vollen Erwerbstätigkeit nachgehen können oder deren Erwerbseinkommen aus welchen Gründen auch immer nicht für eine angemessene Versorgung des Haushaltes ausreicht.

Zwischen den einzelnen Gruppen von Wohngeldempfängern sind hinsichtlich der Haushaltsgröße deutliche Unterschiede erkennbar. Während sich beim pauschalierten Wohngeld wie auch beim spitz berechneten Mietzuschuß die Empfänger mit 64,5 % bzw. 64,3 % deutlich auf die Ein- und Zweipersonenhaushalte konzentrieren, bildet beim Lastenzuschuß der Haushalt mit mindestens 3 Personen mit 53,8 % die größte Gruppe. Ein knappes Viertel (23,9 %) zählte sogar fünf und mehr Personen.

Arbeitslosigkeit von zunehmender Bedeutung für Wohngeldgewährung

In der Wohngeldstatistik wird in Anlehnung an das Erwerbskonzept entsprechend der Beteiligung der Antragsteller zwischen Erwerbstätigen, Arbeitslosen und Nichterwerbspersonen unterschieden. Bei den Erwerbspersonen erfolgt eine weitere Untergliederung in Selbständige, Beamte, Angestellte

und Arbeiter. Die Untergliederung bei den Nichterwerbspersonen, d.h. Personen, die keine auf Erwerb ausgerichtete Tätigkeit ausüben oder anstreben, erfolgt in Rentner, Pensionäre, Studenten und sonstige Nichterwerbspersonen. Zu den sonstigen Nichterwerbspersonen zählen unter anderem Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Alleinerziehende, deren Unterstützung durch den getrennt lebenden oder geschiedenen Ehepartner (oder -partnerin) nicht ausreicht, um die Wohnungskosten zu decken, darüber hinaus aber auch Fälle, bei denen eine Zuordnung zu einer der vorgenannten Gruppen nicht erfolgt ist oder nicht möglich war. Die Empfänger von Sozialhilfe und Kriegspferfürsorge werden als pauschalierte Fälle nachgewiesen, es sei denn, sie erhalten einen Lastenzuschuß. Im letztgenannten Fall zählen sie ebenfalls zu den sonstigen Nichterwerbspersonen mit Bezug von Tabellenwohngeld.

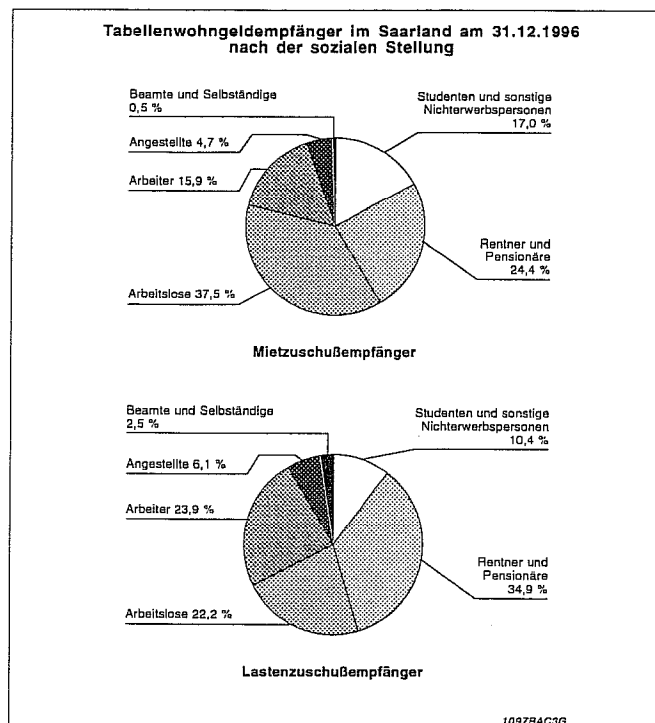
Die soziale Stellung der Wohngeldbezieher weist deutliche Unterschiede in den beiden Gruppen des Tabellenwohngeldes auf.

Bei den 15 117 Mietzuschußempfängern zählten gut vier von zehn (6 253 oder 41,4 %) zu den Nichterwerbspersonen, darunter 3 684 Rentner und Pensionäre, deren Ansprüche sich auf niedrigen Ruhestandbezügen begründen. 5 665 Empfänger (37,5 %) waren arbeitslos. In beiden Gruppen waren die Einpersonenhaushalte absolut am stärksten vertreten. Lediglich 3 199 Mietzuschußempfänger (21,2 %) waren erwerbstätig, darunter 55 Selbständige, 27 Beamte, 717 Angestellte und 2 400 Arbeiter. Im Gegensatz zu den Nichterwerbspersonen und den Arbeitslosen bilden hier die großen Haushalte mit vier oder mehr Personen den Schwerpunkt.

Der Anteil der Nichterwerbspersonen bei den insgesamt 1 955 Lastenzuschußempfängern liegt mit 45,3 % noch höher als bei den geförderten Mietern, wobei sich die Förderung hier noch stärker auf die kleinen Rentner- und Pensionärshaushalte konzentriert. Das Gewicht der Arbeitslosen liegt mit 22,2 % unter dem entsprechenden Wert der Mieter. Eine wesentlich größere Bedeutung haben allerdings die Erwerbstätigen, die ein knappes Drittel (32,5 %) ausmachen. Hierbei handelt es

2. Wohngeldempfänger nach Haushaltsgröße und sozialer Stellung am 31.12.1995 und 31.12.1996 (einschließlich rückwirkender Bewilligungen aus dem jeweils 1. Quartal des Folgejahres)

Soziale Stellung des Antragstellers	1995						1996					
	Wohngeld- empfänger		davon Haushalte mit ... Familienmitgliedern				Wohngeld- empfänger		davon Haushalte mit ... Familienmitgliedern			
			1	2	3	4 u. mehr			1	2	3	4 u. mehr
	Anzahl	%					Anzahl	%				
Empfänger von spitz berechnetem Mietzuschuß												
Erwerbstätige	3 155	22,8	3,5	3,5	3,7	12,1	3 199	21,2	3,3	3,4	3,5	11,0
davon												
Selbständige	50	0,4	0,0	0,1	0,1	0,2	55	0,4	0,1	0,1	0,1	0,1
Beamte	26	0,2	0,1	0,0	0,0	0,1	27	0,2	0,0	0,0	0,0	0,1
Angestellte	709	5,1	1,3	1,5	1,0	1,3	717	4,7	1,3	1,5	0,9	1,1
Arbeiter	2 370	17,1	2,1	1,8	2,6	10,6	2 400	15,9	1,9	1,8	2,5	9,7
Arbeitslose	4 694	33,9	20,3	5,0	3,5	5,1	5 665	37,5	21,3	5,5	4,3	6,4
Nichterwerbspersonen	5 990	43,3	23,6	9,8	4,0	5,8	6 253	41,4	21,2	9,6	4,2	6,3
davon:												
Rentner/Pensionäre	3 714	26,8	18,5	6,5	1,1	0,7	3 684	24,4	16,8	5,9	1,0	0,6
Studenten	352	2,5	1,7	0,4	0,3	0,1	325	2,1	1,4	0,4	0,2	0,1
Sonstige	1 924	13,9	3,4	2,9	2,6	5,0	2 244	14,8	3,0	3,3	3,0	5,6
Zusammen	13 839	100	47,4	18,3	11,2	23,0	15 117	100	45,8	18,5	11,9	23,7
Lastenzuschußempfänger												
Erwerbstätige	756	37,0	0,9	1,6	3,1	31,5	635	32,5	1,2	1,4	2,2	27,7
davon												
Selbständige	20	1,0	0,0	0,1	0,1	0,7	16	0,8	-	0,1	0,2	0,6
Beamte	47	2,3	-	-	0,0	2,3	33	1,7	-	-	0,1	1,6
Angestellte	151	7,4	0,2	0,7	1,4	5,1	119	6,1	0,4	0,5	0,7	4,6
Arbeiter	538	26,3	0,6	0,7	1,6	23,4	467	23,9	0,8	0,8	1,3	20,9
Arbeitslose	381	18,6	2,9	3,9	3,7	8,2	434	22,2	3,9	4,5	3,5	10,3
Nichterwerbspersonen	906	44,3	21,8	13,6	3,6	5,4	886	45,3	21,8	13,5	4,3	5,8
davon:												
Rentner/Pensionäre	734	36,9	18,6	11,7	2,5	3,2	683	34,9	18,4	10,8	2,6	3,1
Studenten	2	0,1	-	0,0	0,0	-	2	0,1	-	-	-	0,1
Sonstige	170	8,3	3,2	1,8	1,0	2,3	201	10,3	3,4	2,6	1,7	2,6
Zusammen	2 043	100	25,5	19,0	10,4	45,1	1 955	100	26,9	19,3	10,0	43,8
Empfänger von pauschaliertem Wohngeld												
Zusammen	18 802	100	38,4	26,3	17,4	17,9	19 541	100	38,5	26,0	17,2	18,3
INSGESAMT	34 684	100	41,3	22,7	14,5	21,5	36 613	100	40,9	22,6	14,6	21,9



sich überwiegend um Arbeiterhaushalte mit mindestens vier Personen.

Im Vergleich zu 1995 hat sich vor allem die Zahl der Arbeitslosenhaushalte stark erhöht. Sie stieg bei den Mietern um fast 1 000 Haushalte oder gut ein Fünftel an, wobei sich der Anteil an den Mietzuschußempfängern um 3,6 Prozentpunkte erhöhte. Bei den Lastenzuschußempfängern stieg ihre Zahl trotz rückläufiger Gesamtzahlen um 53 oder knapp 14 % auf 434 an; der Anteil erhöhte sich damit ebenfalls um 3,6 Prozentpunkte. Auf einen noch höheren Einfluß der zunehmenden Arbeitslosigkeit auf die Wohngeldgewährung lassen, wie bereits oben erwähnt, die ständig steigenden Zahlen beim pauschalierten Wohngeld schließen.

Wohnverhältnisse in Einzelfällen sehr beengt

Einen Überblick über die Wohnflächenversorgung der Wohngeldempfänger in Abhängigkeit von der Haushaltsgröße gibt Tabelle 3. Die Übersicht gibt erste Anhaltspunkte über den Erreichungsgrad der im Wohngeldgesetz formulierten Ziele.

Ende 1996 lebte knapp jeder sechste Wohngeldempfänger im Saarland in einer Wohnung mit weniger als 40 Quadratme-

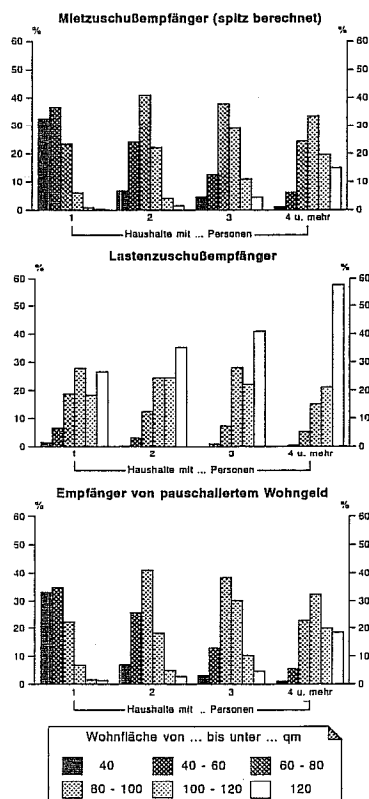
3. Wohngeldempfänger im Saarland am 31.12.1996 nach Art des Zuschusses, Haushaltsgröße und Größe der Wohnung

Haushalte mit ... Personen	Wohnfläche von ... bis unter ... qm	Mietzuschußempfänger		Lastenzuschußempfänger		Empfänger von pauschalitem Wohngeld		Wohngeldempfänger insgesamt	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1	unter 40	2 255	32,5	8	1,5	2 700	35,9	4 963	33,1
	40 - 60	2 546	36,7	36	6,8	2 634	35,0	5 216	34,8
	60 - 80	1 620	23,4	99	18,8	1 607	21,4	3 326	22,2
	80 - 100	422	6,1	147	27,9	439	5,8	1 008	6,7
	100 - 120	65	0,9	96	18,3	96	1,3	257	1,7
	120 u. mehr	20	0,3	140	26,6	49	0,7	209	1,4
	Zusammen	6 928	100	526	100	7 525	100	14 979	100
2	unter 40	191	6,8	1	0,3	374	7,4	566	6,9
	40 - 60	677	24,2	12	3,2	1 444	28,4	2 133	25,8
	60 - 80	1 149	41,1	47	12,5	2 204	43,3	3 400	41,2
	80 - 100	620	22,2	92	24,4	795	15,6	1 507	18,2
	100 - 120	115	4,1	92	24,4	209	4,1	416	5,0
	120 u. mehr	42	1,5	133	35,3	62	1,2	237	2,9
	Zusammen	2 794	100	377	100	5 088	100	8 259	100
3	unter 40	83	4,6	-	-	95	2,8	178	3,3
	40 - 60	229	12,7	2	1,0	464	13,8	695	13,0
	60 - 80	687	38,1	15	7,7	1 353	40,3	2 055	38,4
	80 - 100	526	29,1	55	28,2	1 044	31,1	1 625	30,3
	100 - 120	200	11,1	43	22,1	309	9,2	552	10,3
	120 u. mehr	80	4,4	80	41,0	91	2,7	251	4,7
	Zusammen	1 805	100	195	100	3 356	100	5 356	100
4 und mehr	unter 40	42	1,2	1	0,1	55	1,5	98	1,2
	40 - 60	222	6,2	4	0,5	212	5,9	438	5,5
	60 - 80	880	24,5	46	5,4	894	25,0	1 820	22,7
	80 - 100	1 203	33,5	130	15,2	1 258	35,2	2 591	32,3
	100 - 120	709	19,7	181	21,1	703	19,7	1 593	19,9
	120 u. mehr	534	14,9	495	57,8	450	12,6	1 479	18,4
	Zusammen	3 590	100	857	100	3 572	100	8 019	100
INSGESAMT	unter 40	2 571	17,0	10	0,5	3 224	16,5	5 805	15,9
	40 - 60	3 674	24,3	54	2,8	4 754	24,3	8 482	23,2
	60 - 80	4 336	28,7	207	10,6	6 058	31,0	10 601	29,0
	80 - 100	2 771	18,3	424	21,7	3 536	18,1	6 731	18,4
	100 - 120	1 089	7,2	412	21,1	1 317	6,7	2 818	7,7
	120 u. mehr	676	4,5	848	43,4	652	3,3	2 176	5,9
	Zusammen	15 117	100	1 955	100	19 541	100	36 613	100

tern Wohnfläche. Da es sich in gut 85 % der Fälle um Einperson- und in knapp 10 % um Zweipersonenhaushalte handelt, kann wohl meist nicht von einer Unterversorgung mit ausreichend großen Wohnungen gesprochen werden. Dennoch weist die Wohngeldstatistik Fälle aus, die nach heutigem Verständnis auf unangemessen enge Wohnverhältnisse schließen lassen. So mußten 98 Haushalte mit vier und mehr Personen in Wohnungen mit weniger als 40 Quadratmetern Wohnfläche leben. Auf der anderen Seite stehen 209 geförderten Single-Haushalten Wohnungen mit 120 Quadratmetern und mehr zur Verfügung. Hierbei handelt es sich nicht nur, was naheliegend wäre, um Eigentümer, sondern in 69 Fällen auch um Mieterhaushalte. Die Hauptmasse der Wohngeldempfänger, 52,2 %, lebt in Wohnungen der Größenordnung von 40 bis

80 Quadratmetern; in knapp drei Vierteln dieser Fälle handelte es sich um Ein- und Zweipersonen-Mieterhaushalte. Knapp sieben von zehn Dreipersonenhaushalten lebten in Wohnungen zwischen 60 und 100 Quadratmetern und gut jedem zweiten Haushalt mit mindestens 4 Personen standen 80 bis 120 Quadratmeter zur Verfügung. Erwartungsgemäß sind die Wohnungsunterschiede zwischen Mietern und Eigentümern sehr groß, wie auch die Graphik verdeutlicht. Während 41 % der Wohngeldempfänger, die zur Miete wohnen über weniger als 60 Quadratmeter Wohnfläche verfügen, liegt der entsprechende Anteil bei den Lastenzuschußempfängern bei lediglich 3,3 %. Bei diesen Größenverhältnissen dürfte es sich im letztgenannten Fall wohl überwiegend um Eigentümer von Eigentumswohnungen oder Inhaber eigentumsähnlicher Dauerwohnrechte handeln. Knapp zwei Drittel der Wohnungs- und Hauseigentümer wohnen hingegen auf mindestens 100 Quadratmetern; bei den Mietern war es nur jeder zehnte.

**Wohngeldempfänger im Saarland am 31.12.1996
nach Art des Zuschusses, Haushalts- und Wohnungsgröße**



Monatlicher Wohngeldanspruch von durchschnittlich 227 DM

Der monatliche Anspruch eines Wohngeldempfängers lag 1996 bei durchschnittlich 227 DM. Das waren 59 DM mehr als fünf Jahre zuvor. Während allerdings die Durchschnittsansprüche der Tabellenwohngeldbezieher mit 145 DM im Vergleich zu 1991 (143 DM) nahezu unverändert geblieben sind, erhielten die Bezieher pauschalierten Wohngeldes mit 298 DM durchschnittlich 85 DM mehr als im Vergleichsjahr. Nennenswerte Unterschiede in der Höhe der durchschnittlichen Leistungen bei spitz berechnetem Mietzuschuß und Lastenzuschuß bestehen hingegen nicht. Tabelle 4 gibt einen Überblick über die finanzielle Situation der spitz berechneten Wohngeldempfänger im Saarland Ende 1996. Danach verfügte der durchschnittliche Mietzuschußempfänger über monatliche Bruttoeinnahmen¹⁾ in Höhe von 1 814 DM. Bei einer Miete von 628 DM lag die Wohnkostenbelastung vor Wohngeldgewährung bei 34,6 %, nach Wohngeldgewährung noch bei 26,6 % seiner Bruttoeinnahmen. Den überwiegenden Teil seiner Wohnkosten muß der Empfänger immer noch selbst tragen, die Entlastungswirkung des Wohngeldes liegt allerdings bei rund 8 % bezogen auf die Bruttoeinnahmen. Je nach Haushaltsgröße variiert die durchschnittliche prozentuale Wohnkostenbelastung. Allgemein kann man sagen, daß sie mit zunehmender Haushaltsgröße und damit auch steigenden Einnahmen abnimmt, von 42,7 % bei einem alleinstehenden Mieter bis zu 26,3 % bei einem Haushalt mit 6 und mehr Personen. Die Entlastungswirkung bei den Mietzuschußempfängern läßt keine klare Korrelation zur Haushaltsgröße erkennen, sie be-

1) alle Einnahmen der zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder, jedoch ohne die Aufwendungen zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einnahmen (§ 12 Wohngeldgesetz) sowie die Einnahmen zur Verringerung der Miete oder Belastung (§ 13 Wohngeldgesetz).

4. Durchschnittliche monatliche Bruttoeinnahmen, Miete/Belastung, durchschnittlicher monatlicher Wohngeldanspruch und Entlastungswirkung des Wohngelds bei Empfängern von spitz berechnetem Wohngeld im Saarland 1996

Haushalte mit ... Personen	Durchschnittliche monatliche Bruttoeinnahmen	Durchschnittliche monatliche Miete bzw. Belastung	Durchschnittliches monatliches Wohngeld	Wohnkostenbelastung		Entlastungs- wirkung
				vor	nach	
				Wohngeldgewährung		
DM			%			
Mietzuschußempfänger						
1	1 092	466	96	42,7	33,9	8,8
2	1 625	624	139	38,4	29,8	8,6
3	2 139	749	169	35,0	27,1	7,9
4	2 872	830	207	28,9	21,7	7,2
5	3 359	900	230	26,8	19,9	6,9
6 und mehr	3 907	1 026	310	26,3	18,3	8,0
Zusammen	1 814	628	145	34,6	26,6	8,0
Lastenzuschußempfänger						
1	941	380	95	40,4	30,3	10,1
2	1 500	584	122	39,0	30,8	8,2
3	2 068	896	153	43,3	35,9	7,4
4	3 161	1 080	167	34,2	28,9	5,3
5	3 977	1 179	178	29,6	25,2	4,4
6 und mehr	4 725	1 325	247	28,0	22,8	5,2
Zusammen	2 394	814	146	34,0	27,9	6,1

wegt sich in einem vergleichsweise engen Rahmen um die 8%-Marke. Der *durchschnittliche Lastenzuschußempfänger* kann monatliche Bruttoeinnahmen in Höhe von 2 394 DM vorweisen, erhält bei einer Belastung von 814 DM Wohngeld in Höhe von 146 DM und senkt damit seine Wohnkostenbelastung von 34,0 auf 27,9 %. Im Vergleich zu den Mietzuschußempfängern sind hier die haushaltsgrößenspezifischen Unterschiede bei den die Höhe des Wohngeldanspruches bestimmenden Merkmalen stärker ausgeprägt. So bewegen sich die Bruttoeinnahmen in einem Bereich von durchschnittlich 941 DM bei den Einpersonenhaushalten bis zu 4 725 DM bei den Haushalten mit 6 und mehr Familienmitgliedern (Mietzuschußempfänger 1 092 bis 3 907 DM), die Wohnkostenbelastung reicht von durchschnittlich 380 DM bis zu 1 325 DM (Mieter 466 bis 1 026 DM). Im Gegensatz zu den Mietern nimmt die Entlastungswirkung tendenziell mit zunehmender Haushaltsgröße ab. Am höchsten ist sie bei den Einpersonenhaushalten, wo sie die Belastung von 40,4 % um 10,1 Punkte auf 30,3 % senkt, die geringste Entlastungswirkung verspüren die 5-Personen-Haushalte, wo die Wohnkostenbelastung mit 25,2 % nach Wohngeldgewährung lediglich 4,4 Punkte niedriger liegt als vorher.

92 Mio. DM Wohngeld im Lauf des Jahres 1996 ausbezahlt

Die nach dem Wohngeldgesetz im Laufe des Jahres 1996 insgesamt geleisteten Zahlungen belaufen sich im Saarland auf rund 92 Mio. DM. Das waren 6,5 Mio. DM oder 7,6 % mehr als im Jahr 1995 und 30,1 Mio. DM oder 48,6 % mehr als 1991. Von dem Wohngeld, das von einem Land gezahlt worden ist, erstattet der Bund die Hälfte. Darüber hinaus übernimmt er von der einem Land verbleibenden Hälfte einen Festbetrag, der für das Saarland mit 6 Mio. DM beziffert ist. Demzufolge beläuft sich die für das Saarland verbleibende Belastung aus dem Wohngeldgesetz für das Jahr 1996 auf 40 Mio. DM.

Mehr als die Hälfte der Wohngeldempfänger lebt im Stadtverband Saarbrücken

Von den 36 613 Haushalten, die Ende 1996 im Saarland Wohngeld erhielten, lebten 18 434 (50,3 %) im Stadtverband Saarbrücken. Gemessen am Bevölkerungsanteil¹⁾ des Stadtverbandes, der sich auf rund 33 % der saarländischen Bevölkerung belief, waren die Wohngeldempfänger hier überrepräsentiert. In allen anderen Kreisen des Landes war der Anteil der Wohngeldempfänger niedriger als der entsprechende Be-

1) Eine bessere Vergleichsgröße wäre der Anteil der Haushalte, da zu vermuten ist, daß sich die Haushaltsgrößenstruktur in den einzelnen Kreisen unterscheidet. So dürfte etwa der Anteil der Einpersonenhaushalte in der Landeshauptstadt deutlich über dem Landesdurchschnitt liegen. Da Haushaltszahlen auf Kreisebene nicht vorliegen, wird ersatzweise auf die Bevölkerungszahlen zurückgegriffen.

5. Wohngeldempfänger nach Art der Berechnung sowie Bevölkerung in den Kreisen des Saarlandes am 31.12.1996 - prozentuale Verteilung -

Stadtverband Lankreis	Wohngeldempfänger				Bevölkerungs- anteil
	insgesamt	pauschal	spitz berechnet		
			Mietzuschuß	Lastenzuschuß	
Stadtverband Saarbrücken	50,3	55,8	47,3	19,7	33,0
Merzig-Wadern	6,9	5,8	6,5	21,9	9,8
Neunkirchen	12,6	11,6	13,6	13,5	13,9
Saarlouis	14,7	13,3	15,8	19,8	19,9
Saarpfalz-Kreis	10,9	9,3	12,5	14,4	14,6
St. Wendel	4,6	4,3	4,3	10,6	8,9
INSGESAMT	100	100	100	100	100

völkerungsanteil. Am deutlichsten war die Differenz im Landkreis St. Wendel, für den ein Anteil an der Gesamtbevölkerung von 8,9 %, aber nur ein Anteil an der Gesamtzahl der Wohngeldempfänger von 4,6 % ausgewiesen wird. Wie Tabelle 5 zeigt, konzentrieren sich die Empfänger von pauschaliertem Wohngeld noch stärker auf den Stadtverband. Hingegen finden sich die Lastenzuschußempfänger erwartungsgemäß ver-

mehrt in den Landkreisen. Mehr als jeder fünfte Lastenzuschußempfänger lebte im Landkreis Merzig-Wadern, obwohl hier nur knapp jeder zehnte Saarländer lebte. Auch im Landkreis St. Wendel gab es überdurchschnittlich viele Lastenzuschußempfänger, in den übrigen Kreisen lagen die Anteilswerte knapp unterhalb der Bevölkerungsanteile.

Personalstatistik

Alwin Baus

Frauen im öffentlichen Dienst

Vorbemerkung

Das Thema Frauen im öffentlichen Dienst ist durch das hierzu jüngst ergangene Urteil des Europäischen Gerichtshofes sowie vor Ort durch das im Vorjahr erlassene Landesgleichstellungsgesetz (LGG) vom 28.6.1996 (Amtsblatt des Saarlandes S. 623) wieder mehr in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt. Im folgenden soll anhand der Ergebnisse der Personalstandstatistik 1996 die Beschäftigungssituation der Frauen im saarländischen Landes- und Kommunaldienst überblickartig geschildert und mit der von 1986 verglichen werden.

Die Personalstandstatistik erfaßt die im öffentlichen Dienst Beschäftigten jeweils zum Stichtag 30. Juni. Der Erhebungsbereich umfaßt neben den Gebietskörperschaften, Zweckverbänden, Sozialversicherungsträgern und Krankenhäusern auch die sich in öffentlichem Mehrheitsbesitz befindlichen Fonds, wirtschaftlichen Unternehmen und Einrichtungen. Die nachfolgenden Ausführungen werden sich auf den sogenannten unmittelbaren Dienst - das sind Behörden, Gerichte sowie rechtlich unselbständige Einrichtungen und Unternehmen - von Land und Gemeinden/Gemeindeverbänden (Gv.) sowie, wegen der Vergleichbarkeit zu 1986, auch auf die rechtlich selbständigen kommunalen Krankenhäuser beziehen.

Frauenquote gestiegen

Im unmittelbaren Dienst von Land und Kommunen (einschließlich Krankenhäuser) standen am 30.6.1996 insgesamt rund 49 000 Personen. Etwas weniger als die Hälfte davon, 45,5 % oder 22 698, waren Frauen. Der Anteil der weiblichen Beschäftigten in diesem Bereich hat damit gegenüber 1986 um genau 5 Prozentpunkte zugenommen. Im Vergleich zur Gesamtwirtschaft ist diese Quote weiterhin überdurchschnittlich

hoch, allerdings hat sich der Vorsprung des öffentlichen Dienstes etwas verringert, denn bei den im Saarland insgesamt sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist der Frauenanteil im gleichen Zeitraum von 34,1 % auf 39,9 % angestiegen.

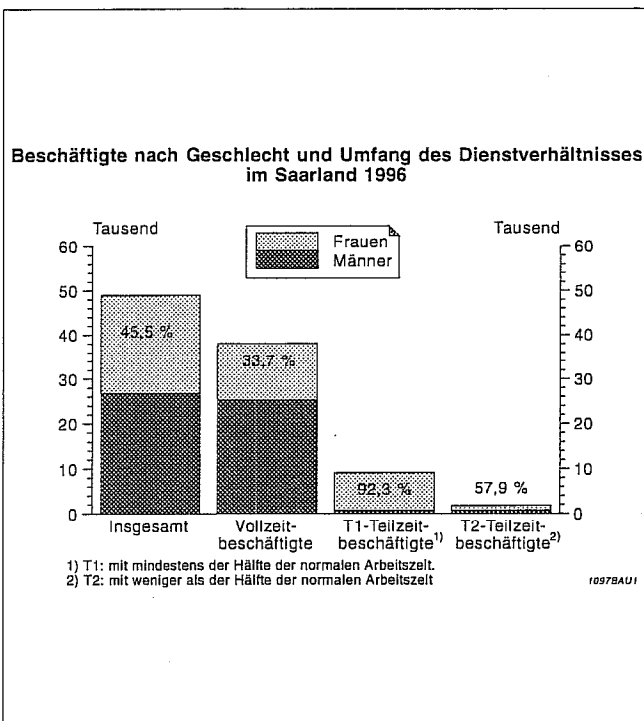
Weniger Vollzeit-, mehr Teilzeitbeschäftigte

Die Erhöhung der Frauenquote im öffentlichen Dienst erklärt sich dadurch, daß - bei insgesamt rückläufiger Personalentwicklung (- 8,8 % seit 1986)¹⁾ - die Zahl der beschäftigten Frauen seit 1986 leicht um 2,3 % zugenommen hat, während die der Männer kräftig (- 16,4 %) zurückgegangen ist. Dieser erste für die Frauen günstige Befund wird allerdings relativiert, wenn nicht nur die Personenzahl, sondern auch der Umfang der Beschäftigung in die Betrachtung mit einbezogen wird. So zeigt sich bei der Beschränkung auf die Vollzeitbeschäftigten - das sind rund 38 000 Personen bzw. 78 % des Personals -, daß auch die Zahl der weiblichen Beschäftigten gegenüber 1986 deutlich abgenommen (- 9,1 %) hat. Da die Zahl der vollzeitbeschäftigten Männer aber noch stärker (- 16,9 %) rückläufig war, ergibt sich zwar auch hier eine leichte Erhöhung der Frauenquote. Das Geschlechterverhältnis beträgt aber trotzdem immer noch 1:2 zuungunsten der Frauen. Das oben erwähnte insgesamt zu verzeichnende Plus an weiblichen Bediensteten ist also ausschließlich auf die Zunahme von Teilzeitbeschäftigten zurückzuführen. Während dieser Anstieg (+ 23,6 %) bei den Frauen aber immerhin den Abbau bei den Vollzeitkräften deutlich abmilderte²⁾, nahm bei den Männern auch die Zahl der Teilzeitkräfte ab (- 7,8 %). Entsprechend hat sich der vor zehn Jahren schon hohe Anteil der Frauen an den Teilzeitbeschäftigten weiter auf fast 87 % erhöht.

Bezüglich des Umfanges der Beschäftigung hat sich die Struktur bei den Frauen gegenüber 1986 insoweit verschlechtert, als damals noch 65 % der Frauen vollzeit tätig waren, 1996 aber nur noch 57,8 %; bei den Männern ist der Anteil der

1) Neben echten Einsparungen erklärt sich vor allem im Kommunalbereich ein Teil des Personalrückganges auch durch Aufgaben- und damit verbundene Personalverlagerungen aus den Haushalten.

2) Eine Umrechnung in Vollzeitäquivalente ist erst seit 1993 und durchgängig nur für das Land möglich; legt man aber näherungsweise den durchschnittlichen Beschäftigungsumfang der beim Land 1996 teilzeitbeschäftigten Frauen zugrunde, so überwiegt der mit dem Rückgang von Vollzeitkräften verbundene Beschäftigungsverlust den mit der Zunahme von Teilzeitbeschäftigten verbundenen Gewinn.



Vollzeitbeschäftigten dagegen mit 94,6 % (gegenüber 95,0 % 1986) nahezu unverändert hoch geblieben.

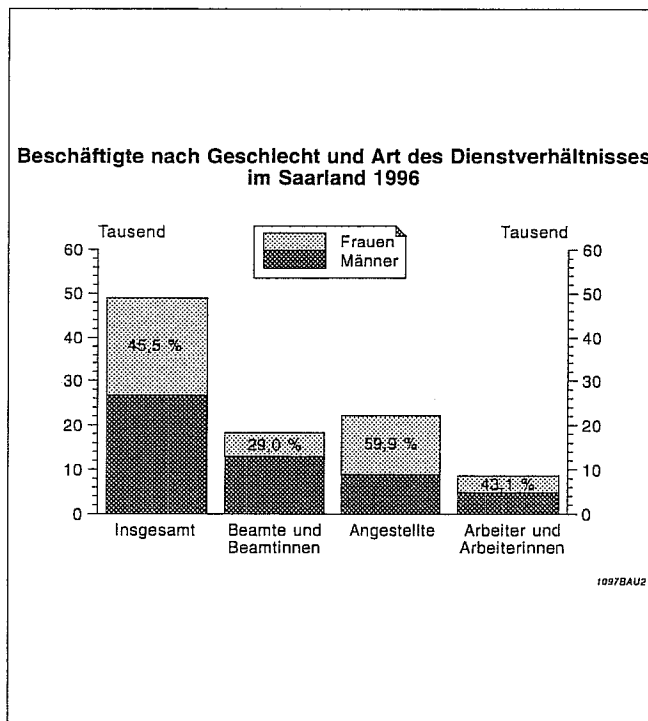
Beim Land waren zum Stichtag 30.6.1996 rund 31 000, bei den Kommunen und ihren Krankenhäusern fast 18 000 Personen beschäftigt. Die Frauenquote im Kommunalbereich liegt mit 50,8 % klar über der im Landesdienst mit 42,4 %; bei der Beschränkung auf die Vollzeitkräfte geht die Quote im Gemeindedienst auf etwas über ein Drittel, beim Land auf etwas unter ein Drittel zurück.

Frauen überwiegend angestellt

Nach der Art des Dienstverhältnisses untergliedert, fällt vor allem der niedrige Anteil (29 %) der Frauen unter den verbeamteten Beschäftigten auf; bei den Vollzeitbeschäftigten liegt er sogar unter einem Viertel (22 %). Dagegen ergibt sich ein klares weibliches Übergewicht mit fast 60 % bei den Angestellten, das unter den Vollzeitkräften mit 51 % knapp gehalten werden kann. In der Arbeiterschaft liegt die Frauenquote bei 43 %, sinkt aber bei den vollzeit Tätigen auf unter ein Fünftel.

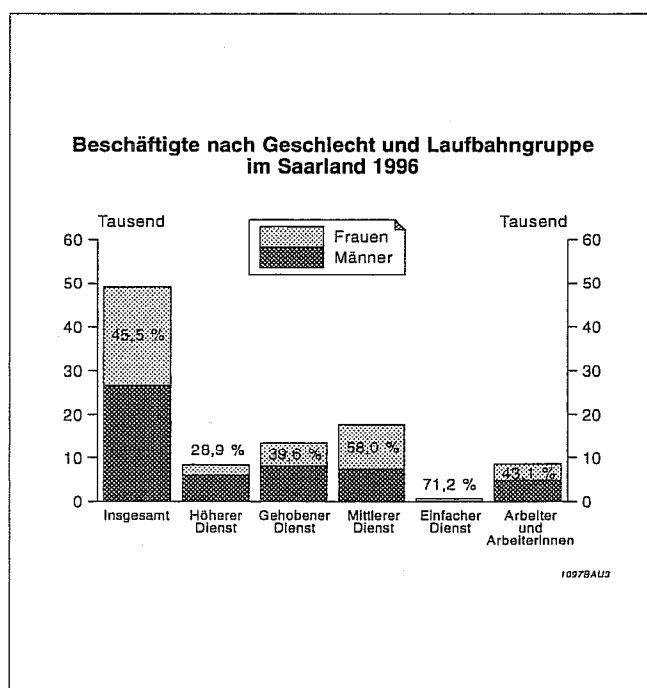
Insgesamt sind fast 60 % der Frauen im untersuchten öffentlichen Dienst Angestellte und nur weniger als ein Viertel sind Beamtinnen. Bei den Männern ist der Prozentsatz der Verbeamteten dagegen doppelt so hoch und nur ein Drittel von ihnen sind Angestellte.

Entsprechend der unterschiedlichen Dienststruktur im Landes- und Kommunaldienst liegt insbesondere bei den beim Land tätigen Beamten die Frauenquote etwas über, bei den Kommunen etwas unter den vorgenannten Werten.



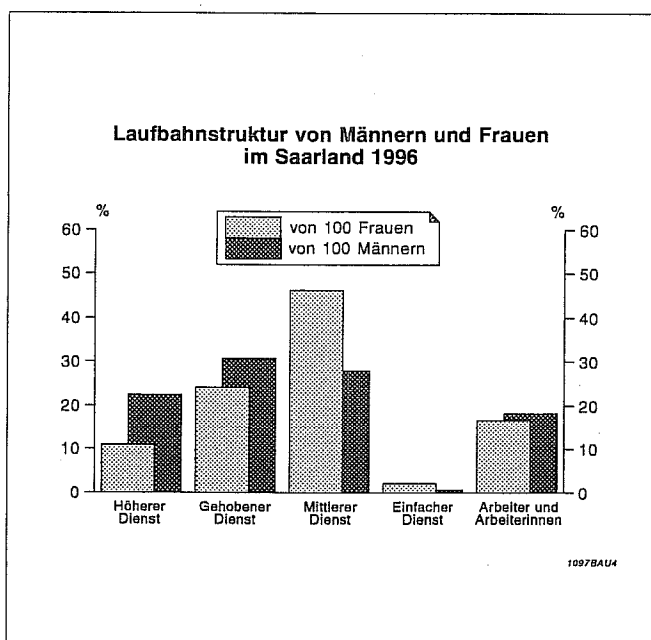
Deutliche Unterrepräsentanz in den oberen Laufbahngruppen

Wesentlicher als die Art des Dienstverhältnisses ist für die Beurteilung der Lage der Frauen sicherlich ihre Präsenz in den verschiedenen Laufbahngruppen. Obwohl sich auch in dieser Hinsicht seit 1986 einiges verbessert hat, zeigt sich auch 1996 noch eine deutliche Ungleichverteilung, wie nachfolgende Graphik verdeutlicht.



Mit Abstand am geringsten ist der Frauenanteil weiterhin im höheren Dienst mit noch nicht einmal 30 %; auf fast 40 % ist die Frauenquote im gehobenen Dienst angestiegen. Die Mehrheit haben die Frauen mittlerweile in der zahlenmäßig größten Laufbahngruppe des mittleren Dienstes erreicht und auch ihr Übergewicht in der verschwindenden Gruppe des einfachen Dienstes haben sie weiter ausgeweitet. Wie generell fallen auch die laufbahnbezogenen Frauenquoten unter den Vollzeitbeschäftigten nochmals deutlich geringer aus.

Die Gegenüberstellung der Laufbahnstrukturen von Männern und Frauen veranschaulicht nochmals die bestehenden Disparitäten.



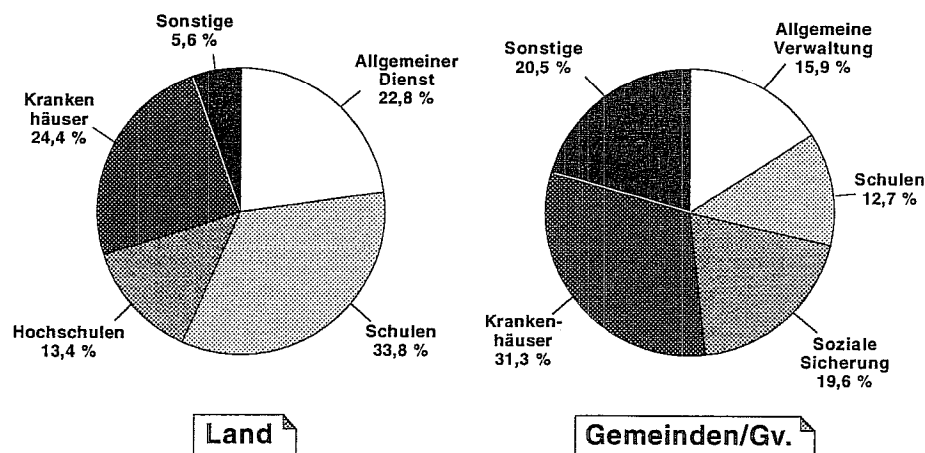
Lediglich 11 % der weiblichen Bediensteten gehören dem höheren Dienst an; bei den Männern ist dieser Prozentsatz gut doppelt so hoch. In den beiden oberen Laufbahngruppen sind zusammengenommen nur etwas mehr als ein Drittel (35 %) der Frauen, aber mehr als die Hälfte (53 %) der Männer vertreten. Aufgrund der insgesamt besseren Laufbahnstruktur liegen im Landesdienst die Anteile des höheren und gehobenen Dienstes über den vorgenannten Werten, bzw. im Kommunalbereich darunter.

Frauen vor allem im Sozial- und Bildungsbereich tätig

Dienststart- und Laufbahnstruktur der Frauen erklären sich u. a. durch die Aufgabenbereiche, in denen sie vorwiegend tätig sind. Ein schon traditionelles Hauptbeschäftigungsfeld von Frauen sowohl im Landes- wie auch Kommunaldienst sind die Krankenhäuser (einschließlich Uniklinik): fast ein Viertel der Frauen beim Land bzw. sogar fast ein Drittel bei den Gemeinden/Gv. sind hier beschäftigt; die Frauenquote liegt bei über 70 %. Bei den Kommunen kommt noch ein weiteres Fünftel der Frauen hinzu, die im sonstigen sozialen Bereich arbeiten. Wichtigstes Arbeitsgebiet der weiblichen Landesbediensteten ist der Bildungssektor: alleine ein Drittel von ihnen, überwiegend Beamtinnen, ist an Schulen eingesetzt, weitere 13 % sind an den Hochschulen beschäftigt. Auch bei den Gemeinden/Gv. sind ein Achtel der Frauen an den Schulen tätig, es handelt sich hier aber größtenteils um teilzeitbeschäftigte Arbeiterinnen.

Im Bereich der allgemeinen Dienste arbeiten beim Land weniger als ein Viertel der Frauen, aber mehr als 40 % der Männer. Nach wie vor gibt es in diesem Aufgabenfeld noch

Beschäftigte Frauen nach Aufgabenbereichen im Saarland am 30. Juni 1996



Männerdomänen, wie Polizei und Justizvollzugsanstalten, mit einem Frauenanteil von bzw. unter 10 %. Im Gemeindedienst ist die Geschlechterverteilung ausgeglichener; die große Ausnahme bilden lediglich die Wirtschaftsunternehmen¹⁾, wo der Beschäftigungsanteil der Frauen bei nicht einmal einem Prozent liegt.

Ausblick

Ergänzende Informationen zur Beschäftigtensituation der Frauen im öffentlichen Dienst im Saarland wird die Statistik,

die durch § 6 LGG angeordnet wurde, liefern. Es sind dies u.a. Auskünfte über die wahrgenommene Funktion bzw. die Stellung in der Hierarchie, über gewährte Zulagen und über die Inanspruchnahme von Beurlaubungen. Diese Ergebnisse, die zunächst nur von jeder Dienststelle intern bekannt gemacht werden, sollen zusammengefaßt alle drei Jahre veröffentlicht werden.

1) Rechtlich unselbständige Unternehmen, wie z.B. Eigenbetriebe.

Sozialleistungen

Gottfried Backes

Immer mehr Amtspflegschaften und Vaterschaftsfeststellungen

Vorbemerkungen

Rechtsgrundlage für die Statistik der Kinder- und Jugendhilfe ist das Gesetz zur Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechts (Kinder- und Jugendhilfegesetz - KJHG) vom 26. Juni 1990 (BGBl. I S. 1 163), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 27. Juni 1992 (BGBl. I S. 1 398). Die Statistik der Kinder- und Jugendhilfe gliedert sich in vier Teile:

- Teil I Erzieherische Hilfen
- Teil II Maßnahmen der Jugendarbeit
- Teil III Einrichtungen und Personal
- Teil IV Ausgaben und Einnahmen.

Im einzelnen werden bei den "Erzieherischen Hilfen" folgende Teilbereiche erhoben: Institutionelle Beratung, Betreuung einzelner junger Menschen, Sozialpädagogische Familienhilfe, Hilfe zur Erziehung außerhalb des Elternhauses, Adoptionen, vorläufige Schutzmaßnahmen, Pflegschaften, Vormundschaften, Beistandschaften, Pflegeerlaubnis, Vaterschaftsfeststellungen, Sorgerecht.

Letztere Hilfen werden nicht auf Individualzählblättern, sondern auf einem Sammelbogen erfaßt. Hilfen im Vormundschaftswesen gehören zu den traditionellen Aufgaben der Jugendämter und der an diesen Aufgaben beteiligten freien Vereinigungen. Ihre rechtliche Verankerung haben sie im Bürgerlichen Gesetzbuch. In die Statistik geht nur der Bestand der verschiedenen Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften und Beistandschaften zum jeweiligen Jahresende ein. Gleiches gilt für die Pflegekinder, für die eigens eine Pflegeerlaubnis erteilt wurde. Vaterschaftsfeststellungen werden dagegen laufend erfaßt und in einer Jahressumme dargestellt; ebenso die nicht feststellbaren Vaterschaften, bei denen eine weitere Verfolgung des Falles aussichtslos ist. Auch bei den Maßnahmen zum vollständigen oder teilweisen Entzug des elterlichen Sorgerechts handelt es sich um im Laufe des Berichtsjahres festgestellte Angaben.

Pflegschaften und Vormundschaften am Jahresende

Bei "gesetzlicher Amtspflegschaft" sind nur die nichtehelichen Kinder in Amtspflegschaft gemäß § 1709 BGB und

§ 55 SGB VIII nachgewiesen, die unter der elterlichen Sorge der Mutter stehen.

Bei "gesetzlicher Amtsvormundschaft" sind nur die nichtehelichen Kinder in Amtsvormundschaft gemäß § 1791 c BGB und § 55 SGB VIII nachgewiesen, die nicht unter elterlicher Sorge stehen.

Bei "bestellter Amtspflegschaft" erstreckt sich die Erhebung auf Kinder, für die insbesondere bei Gefährdung des Kindeswohls sowie nach Scheidung oder bei Getrenntleben der Eltern die Personensorge ganz oder teilweise oder auch die Vermögenssorge auf das Jugendamt übertragen wurde.

In Fällen, in denen am Jahresende sowohl eine gesetzliche Amtspflegschaft/-vormundschaft als auch eine bestellte Amtspflegschaft/-vormundschaft vorliegt, wird nur die bestellte Amtspflegschaft/-vormundschaft gemeldet.

Beistandschaften für Elternteile am Jahresende

Hier werden alle betroffenen Kinder und Jugendliche nachgewiesen, für deren Elternteile das Vormundschaftsgericht auf Antrag gemäß § 1685 BGB einen Beistand bestellt hat.

Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis erteilt worden ist, am Jahresende

Pflegekinder sind unter 18jährige Personen, die sich dauernd oder nur für einen Teil des Tages, jedoch regelmäßig außerhalb des Elternhauses in Familienpflege befinden und für die entweder eine Pflegeerlaubnis gemäß § 44 SGB VIII erteilt worden ist oder für deren Betreuung eine vor dem Inkrafttreten des SGB VIII ausgesprochene Erlaubnis zur Betreuung weiterhin gilt. Kinder und Jugendliche, die sich in Familienpflege befinden und deren Pflegeperson hierzu keiner Erlaubnis bedarf, werden nicht gezählt. Ebenfalls nicht gemeldet werden Pflegekinder, für die zwar eine Erlaubnis nach dem JWG vorliegt, für deren Betreuung es nach dem SGB VIII jedoch keiner Pflegeerlaubnis bedurft hätte. Dies betrifft insbesondere die in Vollzeitpflege gemäß § 33 SGB VIII untergebrachten Kinder und Jugendlichen.

Vaterschaftsfeststellungen im Berichtsjahr

Vaterschaft festgestellt: Hierunter sind alle Vaterschaftsfeststellungen angegeben, d.h. sowohl die freiwillig anerkannten als auch die durch gerichtliche Entscheidungen festgestellten. Vaterschaftsfeststellungen aufgrund gerichtlicher Entscheidungen werden vom prozeßführenden Jugendamt nachgewiesen. Dies gilt insbesondere für die Fälle, in denen ein Jugendamt für ein anderes tätig wird.

Vaterschaft nicht feststellbar: Hier werden jeweils die Fälle nachgewiesen, bei denen eine weitere Verfolgung aussichtslos erscheint. Hierzu gehören die Fälle, in denen der Vater unbekannt ist oder von der Mutter nicht benannt wird oder in denen der Vaterschaftsfeststellung unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstehen.

Vollständiger oder teilweiser Entzug des Sorgerechts im Berichtsjahr

Kinder und Jugendliche können u.U. bei den vorgegebenen Antwortkategorien mehrmals gezählt werden. Unabhängig vom Verwaltungsverfahren werden jeweils alle im Berichtsjahr erfolgten Anzeigen, gerichtliche Maßnahmen und Übertragungen des Sorgerechtes gemäß § 1666, § 1671 Abs. 5, § 1672 BGB nachgewiesen.

Ergebnisse

Ende 1996 standen im Saarland 12 015 Kinder und Jugendliche unter gesetzlicher und bestellter Amtspflegschaft, 4,3 % mehr als im Vorjahr. Die Amtspflegschaft wird vom Jugendamt ausgeübt und dient der persönlichen und wirtschaftlichen Fürsorge.

1. Kinder und Jugendliche unter Amtspflegschaft, Amtsvormundschaft sowie Beistandschaft für Elternteile 1980 bis 1996

Jahres- ende	Kinder und Jugendliche unter						Bei- stand- schaft für Eltern- teile
	Ampflegschaft			Amtsvormundschaft			
	gesetz- lich	bestellt	ins- gesamt	gesetz- lich	bestellt	ins- gesamt	
1980	6 546	1 113	7 659	708	792	1 500	344
1985	7 271	612	7 883	348	681	1 029	584
1990	9 273	603	9 876	342	631	973	497
1991	9 408	313	9 721	213	569	782	481
1992	9 832	252	10 084	222	536	758	498
1993	9 944	343	10 287	158	551	709	480
1994	10 639	295	10 934	281	505	786	487
1995	11 142	375	11 517	151	581	732	500
1996	11 694	321	12 015	163	495	658	528

Bei diesem Personenkreis handelt es sich im allgemeinen um nichteheliche Kinder volljähriger sowie minderjähriger Müt-

ter, die Unterhaltsansprüche geltend machen. Seit 1980 nahm die Zahl der Amtspflegschaften im Saarland um 4 356 oder 56,9 % zu. Die Ursachen hierfür liegen u.a. in bestimmten sozialen Entwicklungen, wie etwa dem Anstieg der nichtehelichen Geburten und der Zunahme der Zahl der von Scheidungen betroffenen minderjährigen Kinder, generell also der Zunahme des Anteils unvollständiger Familien. Mittlerweile lebt laut SPIEGEL vom 17.11.1997 ("Die vaterlose Gesellschaft") jede vierte Familie in Deutschland ohne Vater. Es gibt 1,7 Mio Trennungs- und Scheidungskinder. Jedes Jahr kommen rund 150 000 hinzu, viele im Vorschulalter. Rund ein Drittel aller Kinder sind zum Zeitpunkt der Trennung jünger als drei Jahre. In diesem Trend steht Deutschland beileibe nicht allein, und am Beispiel USA läßt sich ein Blick in die Zukunft werfen, wo nur noch 51 % aller Kinder mit beiden Eltern zusammenleben. Amerikanische Soziologen haben laut SPIEGEL längst begonnen, die Verheerungen einer Gesellschaft mit unvollständigen Familien zu untersuchen. Aus unvollständigen Familien stammen danach in den USA:

- 63 % der jugendlichen Selbstmörder,
- 71 % der schwangeren Teenager,
- 90 % aller Ausreißer und obdachlosen Kinder,
- 85 % der jugendlichen Häftlinge,
- 70 % der Jugendlichen in staatlichen Einrichtungen,
- 71 % aller Schulabbrecher,
- 75 % aller Heranwachsenden in Drogenentzugszentren.

Im Saarland ist z. B. die Zahl der verurteilten Jugendlichen 1996 gegenüber dem Vorjahr von 508 um fast 50 % auf 759 angestiegen. Direkte Zusammenhänge mit der Zunahme der Zahl der unvollständigen Familien sind nach Wissen des Autors im Saarland noch nicht untersucht worden. Daher sollen hier einige wenige Entwicklungen statistisch aufgezeigt werden, die sich beispielsweise in Teilbereichen der Jugendhilfestatistik niederschlagen.

Im Saarland nahm im Zeitraum von 1980 bis 1996 die Zahl der nichtehelichen Geburten um 655 oder rund 90 % zu, d.h. sie hat sich fast verdoppelt, während es bei den Lebendgeborenen insgesamt einen Rückgang um 5,1 % gab. Damit wurde 1996 jedes siebte Kind nichtehelich geboren, 1980 war es erst jedes vierzehnte gewesen.

Hinzu kommt sicherlich auch der sprunghafte Anstieg der Scheidungszahlen um 1 310 oder vier Fünftel seit 1980 auf fast 3 000 im Jahre 1996, und damit verbunden die Zunahme der Zahl der von Scheidungen betroffenen minderjährigen Kinder von 1 428 im Jahre 1980 um 929 oder knapp zwei Drittel auf 2 357 im Jahre 1996.

Ende 1996 standen im Saarland 11 694 Kinder und Jugendliche unter "gesetzlicher Amtspflegschaft", 5 % mehr als im Vorjahr. Sie wird vom Jugendamt ausgeübt und dient der persönlichen und wirtschaftlichen Fürsorge für das Kind, insbesondere im Rahmen der Feststellung der Vaterschaft, der

2. Lebendgeborene und nichteheliche Kinder 1980 bis 1996

Jahr	Lebendgeborene	
	insgesamt	darunter nicht ehelich
1980	10 511	726
1985	9 800	841
1986	10 493	932
1987	10 517	973
1988	10 748	983
1989	10 661	966
1990	11 210	1 102
1991	11 052	1 140
1992	10 954	1 226
1993	10 653	1 221
1994	10 028	1 278
1995	9 727	1 277
1996	9 976	1 381

gesetzlichen Vertretung im Adoptionsverfahren, der Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen sowie ggfs. der Regelung von Erb- und Pflichtteilsrechten. Bei diesem Personenkreis handelt es sich ausschließlich um nichteheliche Kinder volljäh-

3. Scheidungen und von Scheidungen betroffene minderjährige Kinder 1980 bis 1996

Jahr	Scheidungen	Betroffene minderjährige Kinder
1980	1 628	1 428
1985	2 418	1 870
1986	2 370	1 681
1987	2 481	1 794
1988	2 781	2 032
1989	2 585	1 904
1990	2 442	1 644
1991	2 620	1 847
1992	2 648	1 959
1993	2 907	2 140
1994	3 035	2 295
1995	2 785	2 282
1996	2 938	2 357

riger Mütter, die Unterhaltsansprüche geltend machen. Seit 1980 nahm die Zahl dieser gesetzlichen Amtspflegschaften um 78,6 % zu.

Die Zahl der "bestellten Amtspflegschaften" ging gegenüber dem Vorjahr dagegen um 14 % und gegenüber 1980 um 71,2 % auf 321 zurück. Hier handelt es sich um eine Pflegebestellung bereits vor der Geburt des nichtehelichen Kindes, um bereits frühzeitig die Interessen des Kindes vor Eintritt der gesetzlichen Amtspflegschaft vertreten zu können.

Die Zahl der gesetzlichen Amtsvormundschaften ging seit 1980 von 708 um 545 oder 77,0 % zurück. Ende 1996 wurden 163 Amtsvormundschaften registriert, 7,9 % mehr als 1995. Die "gesetzliche Amtsvormundschaft" tritt ein, wenn ein nichteheliches Kind von einer minderjährigen Mutter geboren wird. Bei diesen Minderjährigen handelt es sich in der Regel also um nichteheliche Kinder minderjähriger Mütter. Außerdem bestanden 495 "bestellte Amtsvormundschaften" für eheliche und nichteheliche Kinder und Jugendliche. Derartige Fälle bedürfen der ausdrücklichen Anordnung des Vormundschaftsgerichtes. Dabei wird die Personensorge ganz oder teilweise auf das Jugendamt übertragen. Ebenfalls rückläufig war die Zahl der bestellten Amtsvormundschaften, und zwar um 14,8 % auf 495. 16 Jahre zuvor wurden mit 792 insgesamt 37,5 % weniger bestellte Amtsvormundschaften registriert.

Bei 528 alleinerziehenden Elternteilen wurde Ende 1996 eine Beistandschaft durch eine Einzelperson oder das Jugendamt festgestellt, darunter in 98,1 % der Fälle in Form von Unterhaltsbeistandschaften, zum Beispiel zur Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen für Kinder aus geschiedenen Ehen. Eine Beistandschaft bedeutet Unterstützung eines alleinerziehenden, sorgeberechtigten Elternteils auf dessen Antrag durch eine Einzelperson oder das Jugendamt. Die Bestellung erfolgt durch das Vormundschaftsgericht. Gegenüber 1995 stieg die Zahl der Beistandschaften für Elternteile um 28 oder 5,6 % an, im Vergleich zu 1980 sogar um 53,5 %.

4. Vaterschaftsfeststellungen und Entzug des Sorgerechts 1980 bis 1996

Jahr	Vaterschaftsfeststellungen			Entzug des Sorgerechts		
	Fälle insgesamt	Vaterschaft festgestellt	darunter durch freiwillige Anerkennung	Anzeigen zum Entzug ¹⁾	Gerichtliche Maßnahmen zum Entzug ¹⁾	Übertragung des Personensorgerechts auf das Jugendamt
1980	770	709	554			
1985	943	892	796	135	98	94
1990	1 235	1 156	1 048	196	142	117
1991	1 309	1 231	1 122	160	135	123
1992	1 388	1 213	1 099	182	122	112
1993	1 254	1 140	1 059	125	94	114
1994	1 480	1 300	1 197	117	80	82
1995	1 499	1 337	1 204	126	105	88
1996	1 650	1 483	1 288	122	110	106

1) zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge. 2) ganz oder teilweise (z. B. Aufenthaltsbestimmungsrecht).

Die Zahl der Vaterschaftsfeststellungen nahm 1996 - parallel zur Zahl der Amtspflegschaften - weiter zu. Im vergangenen Jahr mußten die Jugendämter in 1 650 Fällen zum Nachweis der Vaterschaft tätig werden. Das waren 10 % mehr als 1995 und 114,3 % mehr als 1980. In 1 483 Fällen (90 %), konnte die Vaterschaft festgestellt werden, wobei zum weitaus größten Teil eine freiwillige Anerkennung erfolgte. Im Zeitraum seit 1980 hat sich die Zahl der freiwilligen Anerkennungen ebenfalls mehr als verdoppelt (+ 132 %). Bei 195 Vätern, immerhin in 13 % aller Fälle, wurde die Vaterschaft durch gerichtliche Entscheidung festgestellt. Bei fast jedem 10. Fall konnte kein Vater ermittelt werden.

Wird das körperliche, geistige oder seelische Wohl des Kindes durch mißbräuchliche Ausnutzung der elterlichen Sorge, durch Vernachlässigung des Kindes oder durch anderes

Verhalten gefährdet, so hat das Vormundschaftsgericht die zur Abwendung der Gefahr erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Die gesamte Personensorge darf den Eltern oder einem Elternteil jedoch nur dann entzogen werden, wenn andere Maßnahmen erfolglos geblieben sind oder wenn anzunehmen ist, daß sie zur Abwendung der Gefahr nicht ausreichen.

1996 erfolgten 122 Anzeigen zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge. In 110 Fällen wurden gerichtliche Entscheidungen getroffen. Für 106 Kinder und Jugendliche wurde das Personensorgerecht ganz oder teilweise auf das Jugendamt übertragen, darunter in 58 Fällen nur das Aufenthaltsbestimmungsrecht. Die Zahlen der gerichtlichen Maßnahmen zum Entzug des Sorgerechts schwankten im Zeitraum von 1980 bis 1996 nur innerhalb einer relativ kleinen Bandbreite.

Preise

Marie-Luise Pfaff

Preisindex für die Lebenshaltung im November 1997

Die Verbraucherpreise blieben im Saarland, gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen, von Mitte Oktober bis Mitte November 1997 unverändert. Die Jahresteuerrate gegenüber November 1996 betrug 2,2 % und lag damit geringfügig höher als im Vormonat; im Oktober 1997 war eine Jahresveränderungsrate von 2,1 % ermittelt worden.

Vorteilhaft auf die kurzfristige Entwicklung wirkten sich vor allem die zum Teil saisonbedingten Preisrückgänge bei den Mieten von Ferienhäusern und Ferienwohnungen um 16,9 % und der Kraftstoffe um 0,8 % binnen Monatsfrist aus.

Preissenkungen gab es auch im Bereich der Nahrungsmittel bei frischem Kernobst (-2,5 %), Süd- und Zitrusfrüchten (-2,6 %) sowie frischem Fruchtgemüse (-11,7 %). Diese Preisnachlässe konnten jedoch die im übrigen festgestellten Verteuerungen unter anderem bei Fischen (+3,5 %), frischem

Speisekohl (+17,5 %) wie auch Blatt- und Stengelgemüse (+54,8 %) nur zum Teil kompensieren. Demzufolge erhöhte sich der Teilindex "Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren" gegenüber dem Vormonat insgesamt um 0,4 %.

Günstig für die private Lebenshaltung wirkte sich die Entwicklung der Energiepreise aus. Die Preise für Elektrizität und Gas veränderten sich nicht, die Preise für leichtes Heizöl gaben geringfügig um 0,1 % nach. Geringere Preise wurden auch für Benzin festgestellt; Superbenzin und Normalbenzin waren Mitte November um 0,8 % bzw. 1,0 % billiger als im Oktober. Die Preise für Dieselmotorkraftstoff stiegen dagegen um 0,2 %.

Die Preise für Pauschalreisen legten von Oktober bis November um 1,1 % zu.

Im Vorjahresvergleich war im Bereich "Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren" ein Preisanstieg von 1,7 % zu verzeichnen. Deutlich höher als bei der Gesamtlebenshaltung (+2,2 %)

Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen im November 1997

Hauptgruppe	Wägungs- anteil in Promille	1991=100	Veränderung gegenüber	
			Vorjahr	Vormonat
			in Prozent	
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	237,69	108,8	1,7	0,4
Bekleidung, Schuhe	76,14	110,1	1,1	-
Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)	253,16	118,0	1,5	-
Wohnungsmieten (einschl. Nebenkosten)	202,44	121,9	1,5	-
Energie (ohne Kraftstoffe)	50,72	102,7	1,6	-0,1
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	71,09	110,0	0,8	0,2
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	36,33	130,6	13,7	-0,2
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	170,00	118,2	1,1	-0,2
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	100,84	115,7	4,1	0,1
Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungs- gewerbes	54,75	122,8	2,7	-2,1
Gesamtlebenshaltung	1 000,00	115,2	2,2	-

lag die Jahresteuersatzrate bei den Gütern für die Gesundheits- und Körperpflege (+ 13,7 %) sowie den Gütern für Bildung, Unterhaltung, Freizeit (+ 4,1 %). Die im Jahresabstand gemessene Zunahme der Wohnungsmieten lag bei 1,5 %.

Für die ersten elf Monate des Jahres errechnet sich gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres eine durchschnittliche Veränderungsrate des Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen Haushalten mit mittlerem Einkommen von 1,8 %; im Vorjahr hatte die Steigerung im entsprechenden Zeitraum 1,2 % betragen.

Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen im Saarland auf verschiedenen Basisjahren

		1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Januar	a	91,1	90,9	91,2	93,3	95,4	98,2	101,8	105,3	109,0	110,5	112,0	113,6
	b	100,6	100,4	100,8	103,1	105,4	108,5	112,5	116,3	120,4	122,1	123,7	125,5
	c	121,6	121,3	121,8	124,6	127,4	131,1	135,9	140,6	145,5	147,5	149,5	151,7
Februar	a	91,2	91,0	91,3	93,6	95,8	98,8	102,4	106,2	109,6	111,0	112,3	113,9
	b	100,7	100,5	100,9	103,4	105,8	109,2	113,1	117,3	121,1	122,6	124,1	125,8
	c	121,7	121,5	121,9	125,0	127,9	131,9	136,7	141,8	146,3	148,2	149,9	152,1
März	a	90,7	90,9	91,4	93,7	95,9	98,7	102,6	106,7	109,5	110,9	112,4	113,9
	b	100,2	100,4	101,0	103,5	106,0	109,1	113,4	117,9	121,0	122,5	124,2	125,8
	c	121,1	121,3	122,1	125,1	128,1	131,8	137,0	142,4	146,2	148,1	150,1	152,1
April	a	90,7	91,1	91,7	94,3	96,0	98,9	103,1	106,9	109,7	111,0	112,5	113,8
	b	100,2	100,7	101,3	104,2	106,1	109,3	113,9	118,1	121,2	122,6	124,3	125,7
	c	121,1	121,7	122,4	125,9	128,2	132,0	137,6	142,7	146,5	148,2	150,2	151,9
Mai	a	90,8	91,2	91,8	94,5	96,3	99,3	103,3	106,9	109,9	111,2	112,7	114,4
	b	100,3	100,8	101,4	104,4	106,4	109,7	114,1	118,1	121,4	122,9	124,5	126,4
	c	121,2	121,8	122,5	126,2	128,6	132,6	137,9	142,7	146,7	148,5	150,5	152,7
Juni	a	90,8	91,1	91,8	94,4	96,2	99,8	103,6	107,2	110,2	111,6	112,9	114,7
	b	100,3	100,7	101,4	104,3	106,3	110,3	114,5	118,4	121,8	123,3	124,7	126,7
	c	121,2	121,7	122,5	126,0	128,5	133,2	138,3	143,1	147,1	149,0	150,7	153,1
Juli	a	90,3	91,0	91,7	94,3	96,3	101,0	103,8	107,5	110,5	111,7	113,2	115,6
	b	99,8	100,5	101,3	104,2	106,4	111,6	114,7	118,8	122,1	123,4	125,1	127,7
	c	120,6	121,5	122,4	125,9	128,6	134,8	138,6	143,5	147,5	149,1	151,1	154,3
August	a	90,1	90,9	91,7	94,3	96,8	100,9	103,9	107,7	110,5	111,6	113,1	115,7
	b	99,6	100,4	101,3	104,2	106,9	111,5	114,8	119,0	122,1	123,3	125,0	127,8
	c	120,4	121,3	122,4	125,9	129,2	134,7	138,7	143,8	147,5	149,0	151,0	154,5
September	a	90,3	90,7	91,7	94,3	97,3	100,8	103,8	107,3	110,3	111,8	112,8	115,3
	b	99,8	100,2	101,3	104,2	107,5	111,4	114,7	118,6	121,9	123,5	124,6	127,4
	c	120,6	121,1	122,4	125,9	129,9	134,6	138,6	143,2	147,3	149,3	150,6	153,9
Oktober	a	90,1	90,8	91,8	94,5	97,8	100,9	103,9	107,3	110,4	111,7	112,8	115,2
	b	99,6	100,3	101,4	104,4	108,1	111,5	114,8	118,6	122,0	123,4	124,6	127,3
	c	120,4	121,2	122,5	126,2	130,6	134,7	138,7	143,2	147,4	149,1	150,6	153,8
November	a	90,2	90,9	92,0	94,7	97,7	101,2	104,4	107,4	110,4	111,7	112,7	115,2
	b	99,7	100,4	101,7	104,6	107,9	111,8	115,4	118,7	122,0	123,4	124,5	127,3
	c	120,5	121,3	122,9	126,4	130,4	135,1	139,4	143,4	147,4	149,1	150,5	153,8
Dezember	a	90,3	91,0	92,2	95,0	97,7	101,4	104,5	107,6	110,3	111,9	112,9	
	b	99,8	100,5	101,9	105,0	107,9	112,0	115,5	118,9	121,9	123,6	124,7	
	c	120,6	121,5	123,1	126,9	130,4	135,4	139,5	143,6	147,3	149,4	150,7	
Durchschnitt	a	90,6	91,0	91,7	94,2	96,6	100,0	103,4	107,0	110,0	111,4	112,7	
	b	100,1	100,5	101,3	104,1	106,7	110,5	114,3	118,2	121,6	123,1	124,5	
	c	120,9	121,4	122,4	125,8	129,0	133,5	138,1	142,8	146,9	148,7	150,5	

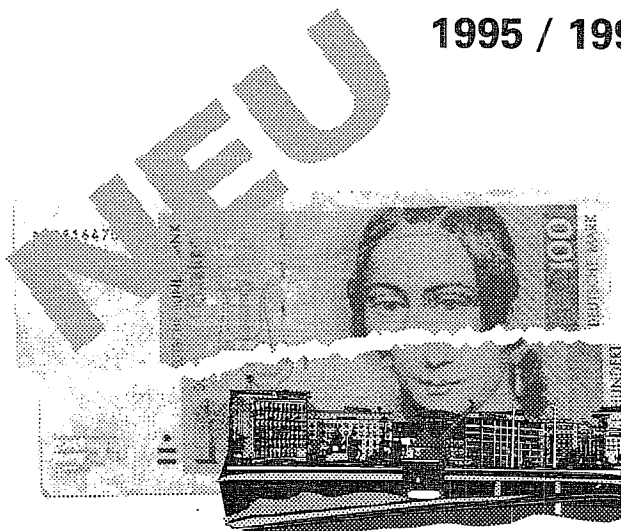
a) 1991=100, b) 1985=100, c) 1980=100 1) Ab Januar 1991 auf Originalbasis 1991, also nach den Verbrauchsverhältnissen des Jahres 1991.

HANDBUCH

ÖFFENTLICHE FINANZEN



**Öffentliche Finanzen
1995 / 1996**



24. Ausgabe

Statistisches Landesamt  SAARLAND

Handbuch Öffentliche Finanzen 1995/96

Soeben ist die 24. Ausgabe des Handbuchs Öffentliche Finanzen erschienen. Als Doppelausgabe stellt das vorliegende Handbuch schwerpunktmäßig die Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistiken 1993 und 1994 für das Land und die Gemeinden/Gemeindeverbände dar. Die öffentlichen Finanzen insbesondere der Gemeinden/Gemeindeverbände werden darin in tiefer Gliederung nach Ausgabe- und Einnahmearten sowie nach Aufgabenbereichen nachgewiesen.

Das Handbuch ist zum Preis von 26,- DM (zuzüglich Porto und Versandkosten) erhältlich.

Bezugsquelle: Statistisches Landesamt Saarland, Virchowstr. 7, 66119 Saarbrücken,
Postfach 10 30 44, 66030 Saarbrücken,
Telefon: (06 81) 5 01 - 59 27, Telefax: (06 81) 5 01 - 59 21.

Veröffentlichungen

I. Zusammenfassende Schriften

Statistisches Handbuch für das Saarland

Erscheint zweijährlich im Wechsel mit Statistisches Taschenbuch für das Saarland.

Das Statistische Handbuch vermittelt aus dem Bereich der amtlichen Statistik die jeweils aktuellen Ergebnisse. Dem Benutzer steht reiches Zahlenmaterial aus sämtlichen Bereichen des wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebens zur Verfügung. Durch Zeit- und regionale Vergleiche lassen sich Entwicklungen in der Bevölkerungs-, der Wirtschafts- und Sozialstruktur erkennen.

Statistisches Taschenbuch für das Saarland

Erscheint zweijährlich im Wechsel mit Statistisches Handbuch für das Saarland.

Das Statistische Taschenbuch will die zweijährliche Erscheinungsphase des Handbuchs durch Publizierung der jeweils neuesten, wichtigsten Daten der amtlichen Statistik ausfüllen. In seiner Gliederung ist es nicht so differenziert angelegt wie das bedeutend umfangreichere Handbuch. In einem Anhang werden zusätzlich die wichtigsten Daten der amtlichen Statistik für die übrigen Bundesländer aufgeführt.

Saarland heute - Statistische Kurzinformationen (*erscheint jährlich*)

II. Fachstatistische Schriften

Handbuch Öffentliche Finanzen

Erscheinungsweise jährlich.

Das Handbuch stellt Grunddaten über die aktuelle Finanzsituation im öffentlichen Bereich zur Verfügung. Angegeben sind sowohl einfache Bestandszahlen als auch funktional gegliederte Ergebnisse für Gemeinden und Land.

Statistische Berichte

Zur schnellen Unterrichtung von Verwaltung und anderen Interessenten werden hier die neuesten Ergebnisse der laufenden Statistiken wie auch die ersten Resultate von Sondererhebungen veröffentlicht. Ihre sachliche Gliederung ist sehr differenziert und bundeseinheitlich festgelegt.

Bildung - Kurzinformation (*erscheint jährlich*)

III. Reihen

Einzelschrift zur Statistik des Saarlandes

In dieser Reihe, die bis heute fast 100 Einzelschriften umfaßt, werden aus dem gesamten Spektrum der amtlichen Statistik schwerpunktmäßig Einzelthemen behandelt.

Saarland in Zahlen (*Sonderhefte*)

In dieser Serie werden die Ergebnisse von periodisch wiederkehrenden Zählungen veröffentlicht.

Saarländische Gemeindezahlen

In dieser jährlich erscheinenden Publikation werden Informationen aus den verschiedensten Bereichen der amtlichen Statistik auf Gemeinde- bzw. Kreisebene veröffentlicht.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (*Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Landesämter*)

Ergebnisse über Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts nach Ländern sowie Bruttowertschöpfung der kreisfreien Städte und Landkreise, Erscheinungsweise ein- bis zweijährlich.

IV. Verzeichnisse

wie Gemeindeverzeichnis, Schulverzeichnis, Krankenhausverzeichnis, Märkte im Saarland, Systematischer Datenbestandskatalog des saarländischen Informationssystem SAPLIS usw. werden jährlich aktualisiert herausgegeben;
neu: Straßenverzeichnis

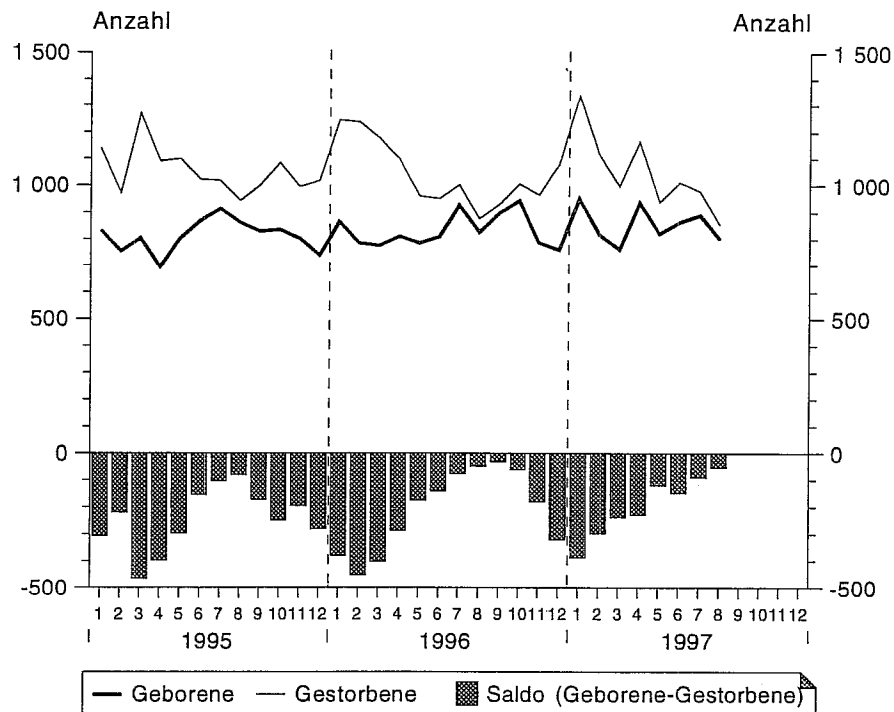
Presse- und Informationsdienst

Saarland

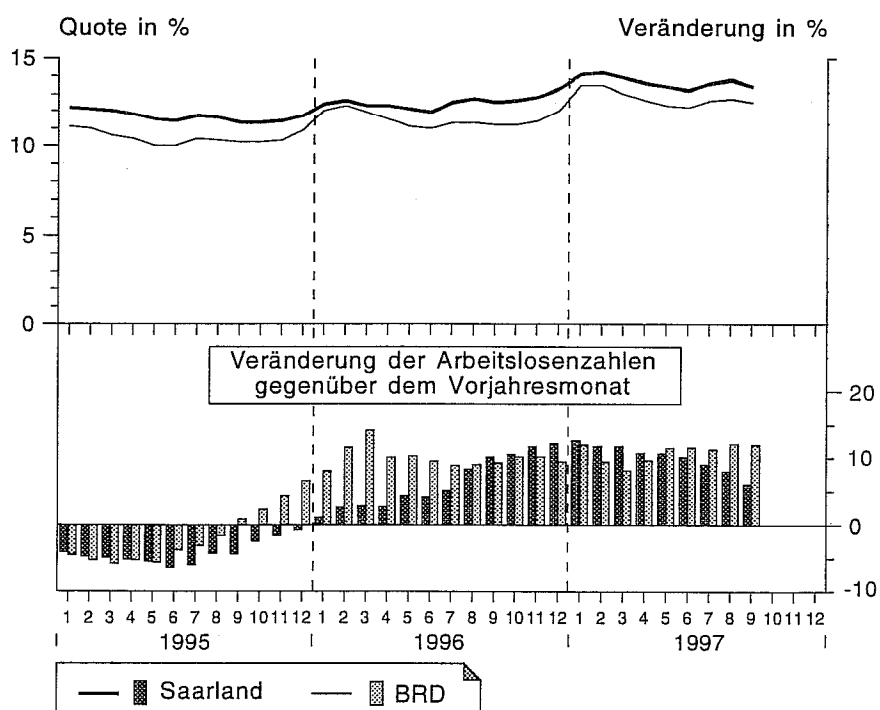
Statistisches Landesamt

Virchowstr. 7, 66119 Saarbrücken, ☎ 06 81/ 5 01 - 59 35, Telefax 06 81/5 01 - 59 21, E-Mail: statistik@stala.saarland.de

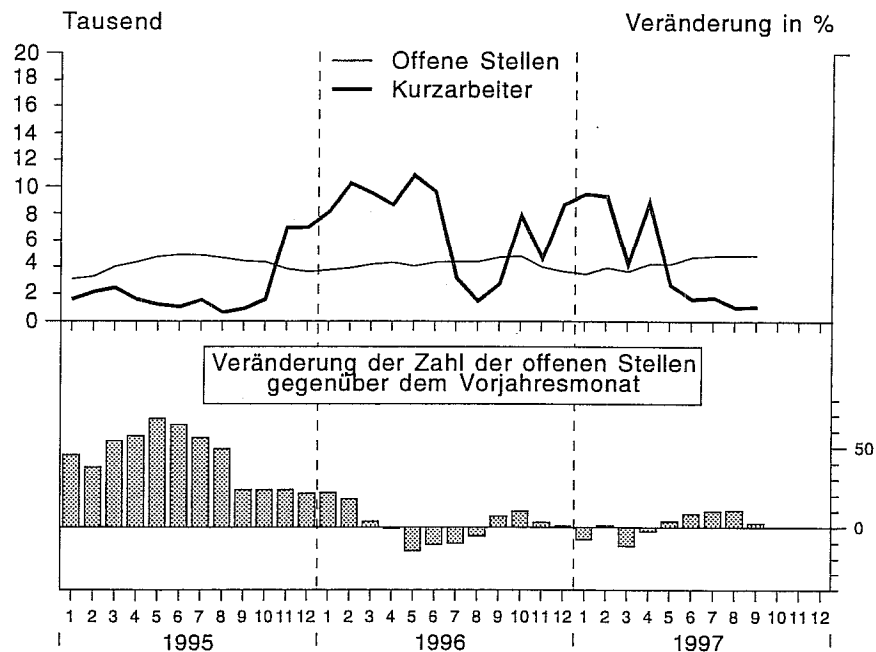
NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG IM SAARLAND



ARBEITSLOSE

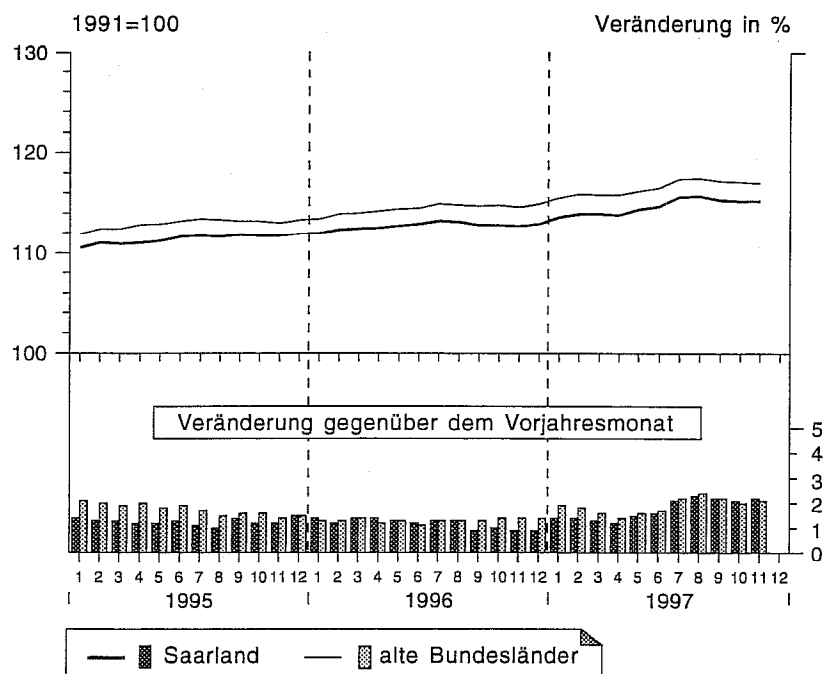


KURZARBEITER UND OFFENE STELLEN IM SAARLAND

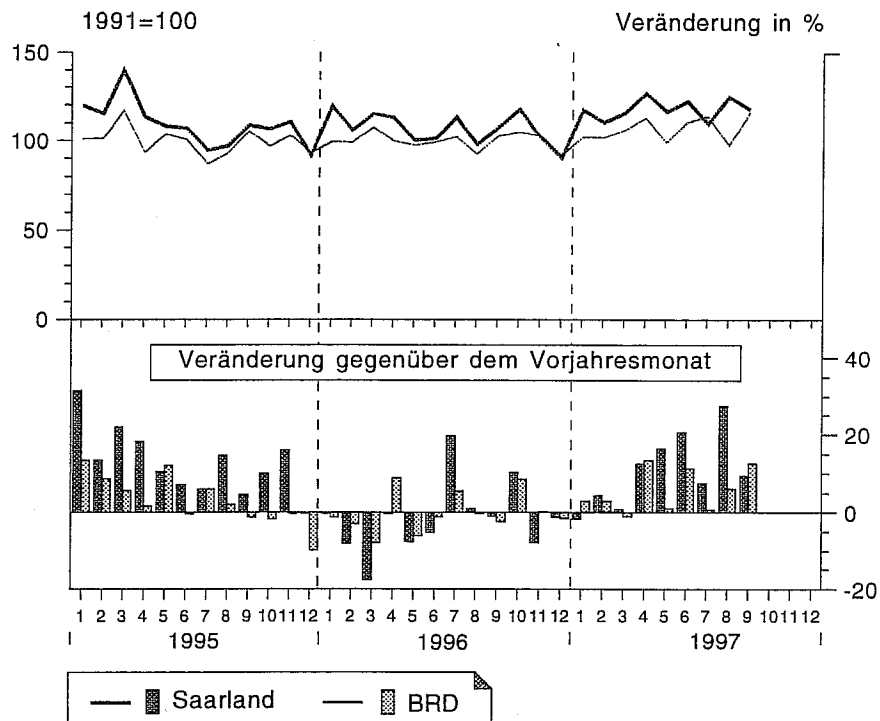


PREISINDEX FÜR DIE LEBENSHALTUNG

(4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen)

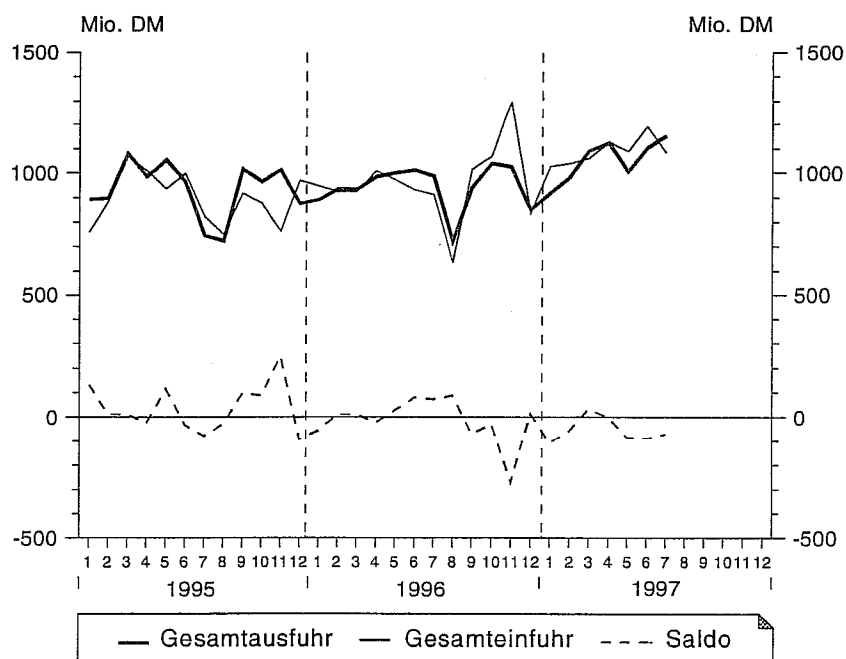


AUFTRAGSEINGANGSINDEX VERARBEITENDES GEWERBE

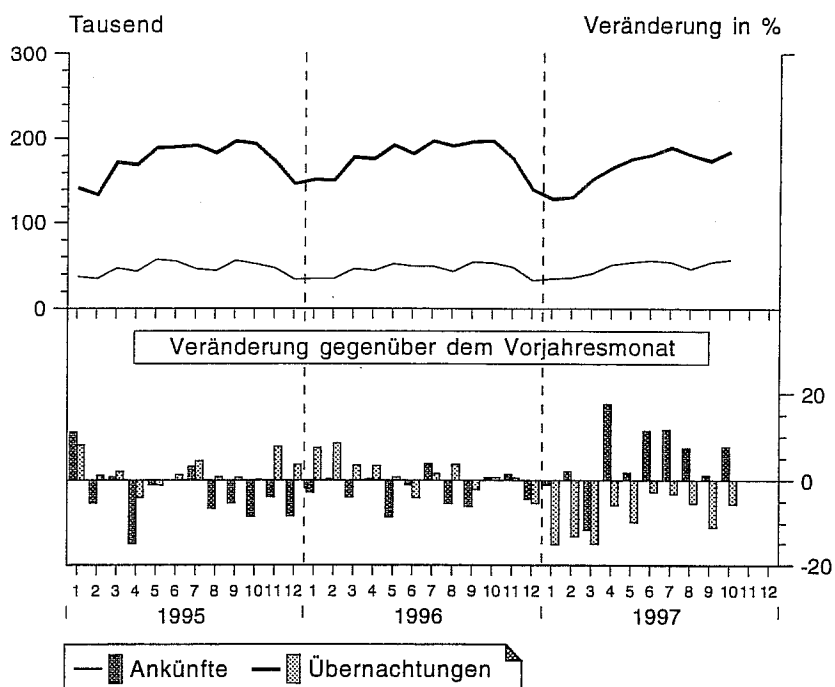


AUSSENHANDEL IM SAARLAND

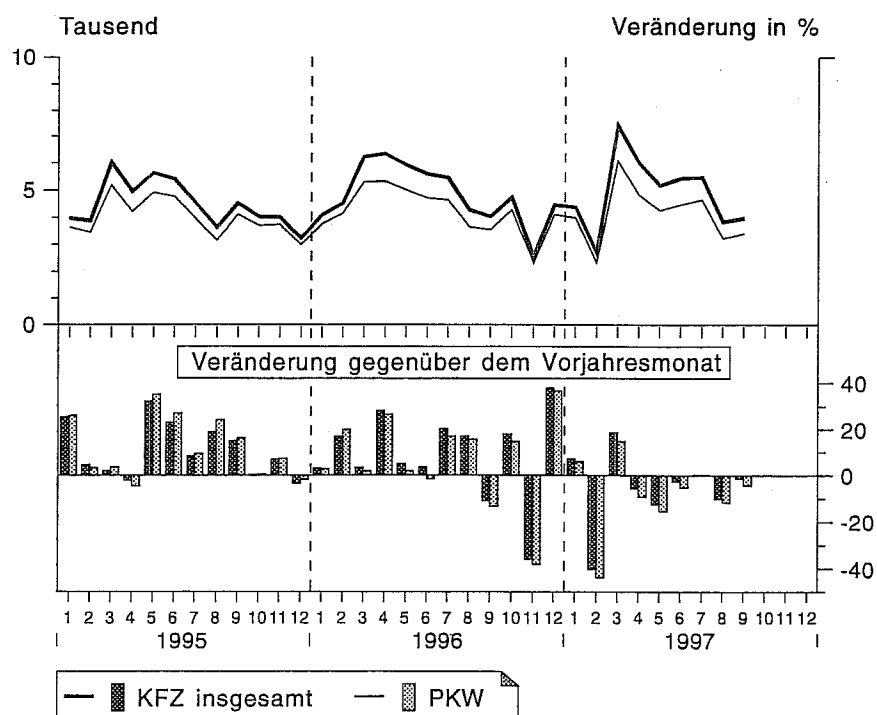
(Spezialhandel)



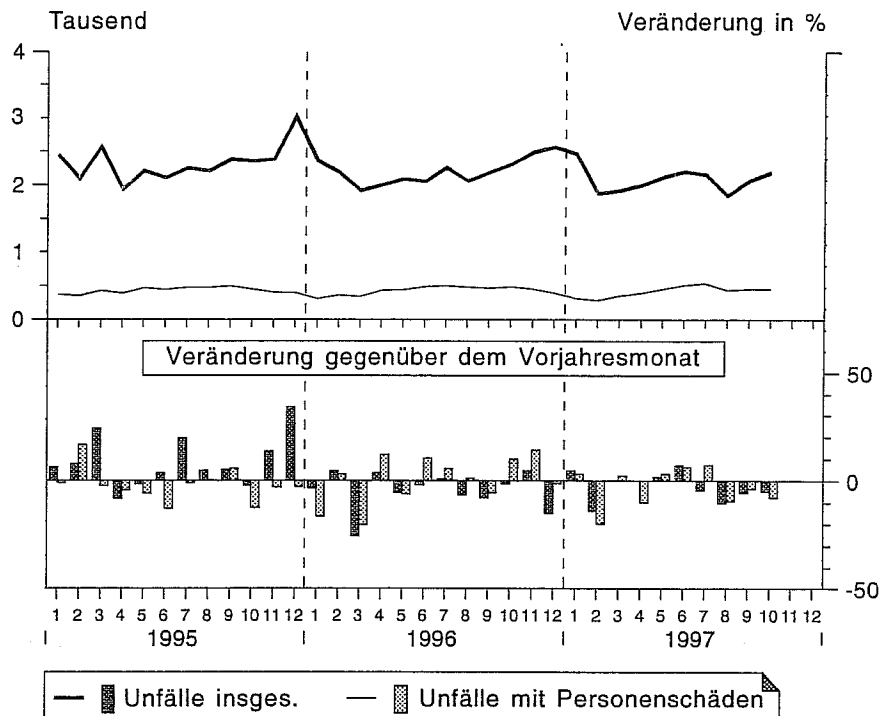
GÄSTEANKÜNFTE UND -ÜBERNACHTUNGEN IM SAARLAND



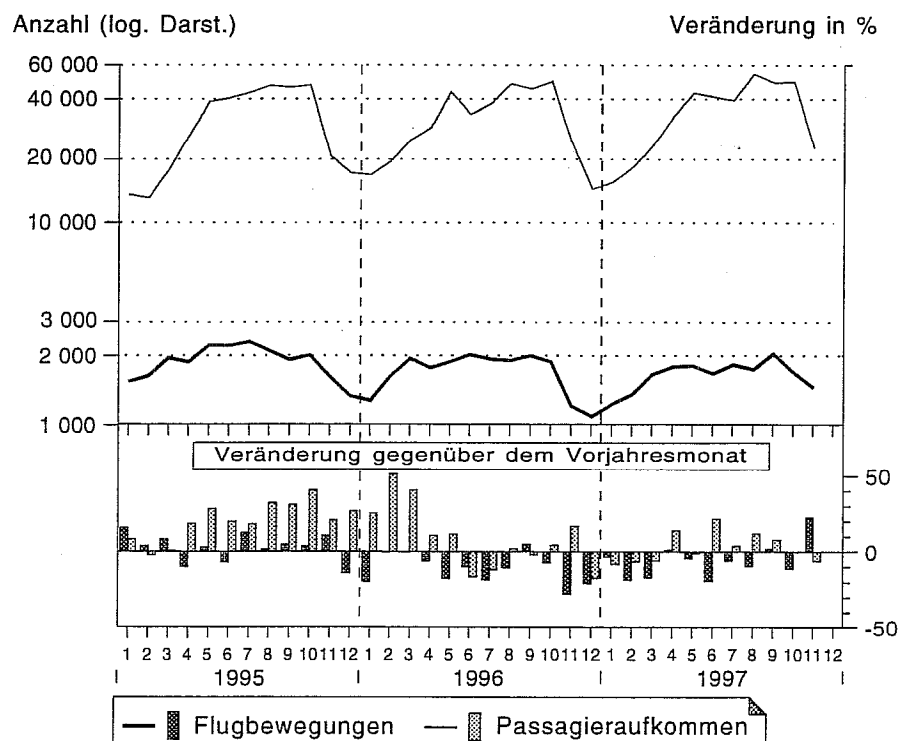
KFZ - NEUZULASSUNGEN IM SAARLAND



STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE IM SAARLAND



LUFTVERKEHR FLUGHAFEN SAARBRÜCKEN





Mehr als 74 000 Schriften

Über 600 laufende Zeitschriften und Zeitungen

Statistiken des In- und Auslandes,
der deutschen Bundesländer,
des Deutschen Reiches,
der ehemaligen deutschen Länder

Statistisches
Landesamt  Saarland

Virchowstr. 7, 66119 Saarbrücken, Tel. (0681) 501-5901/5903

Öffnungszeiten:

Mo. - Fr. 8.30 - 12.00 Uhr und 13.30 - 15.30 Uhr

Saarland

Berichtsmerkmal	Einheit	1995	1996	1996			1997			
		Monats- durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Bevölkerung und Erwerbs- tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	1 083,7	1 083,5	1 083,2	1 083,1	1 083,2	1 083,1	1 083,0	1 082,7	1 082,4
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen	Anzahl	508	515	727	642	669	361	699	583	748
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	5,6	5,7	7,9	7,2	7,3	4,1	7,6	6,6	8,1
* Lebendgeborene	Anzahl	811	831	793	847	876	938	821	865	890
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,0	9,2	8,6	9,5	9,5	10,5	8,9	9,7	9,7
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	1 054	1 044	948	1 013	944	1 166	939	1 012	979
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,7	11,5	10,3	11,4	10,3	13,1	10,2	11,4	10,6
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	5	5	3	1	9	3	4	9	4
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	6,4	5,9	3,7	1,2	10,4	3,4	4,7	10,7	4,5
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-243	-213	-155	-166	-68	-228	-118	-147	-89
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	-2,7	-2,3	-1,7	-1,9	-0,7	-2,6	-1,3	-1,7	-0,9
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	1 773	1 776	1 416	1 399	1 886	1 670	1 307	1 454	1 615
* Ausländer	Anzahl	765	733	531	597	664	740	522	513	539
Erwerbstätige	Anzahl	468	496	408	402	562	511	359	454	505
* Fortgezogene	Anzahl	1 515	1 579	1 263	1 329	1 683	1 596	1 337	1 562	1 877
* Ausländer	Anzahl	453	537	400	459	560	583	508	669	809
Erwerbstätige	Anzahl	524	501	440	430	519	517	446	453	532
* Wanderungssaldo	Anzahl	+ 258	+ 197	+ 153	+ 70	+ 203	+ 74	-30	- 108	- 262
Ausländer	Anzahl	+ 312	+ 195	+ 131	+ 138	+ 104	+ 157	+ 14	- 156	- 270
Erwerbstätige	Anzahl	-56	- 6	- 32	-28	+ 43	- 6	-87	+ 1	- 27
* innerhalb des Landes Umgezogene	Anzahl	2 891	2 872	2 472	2 599	2 926	2 827	2 880	2 880	3 021
Arbeitsmarkt										
* Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer ¹⁾	Anzahl	348 117	343 605	.	343 665
* Frauen	Anzahl	137 596	137 388	.	136 991
* Ausländer	Anzahl	29 569	29 362	.	29 638
* Teilzeitbeschäftigte	Anzahl	36 760	39 080	.	38 937
* darunter Frauen	Anzahl	33 936	35 621	.	35 486
* Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in der Wirtschaftsabteilung										
* Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Anzahl	20 945	19 830	.	19 985
* darunter Frauen	Anzahl	1 401	1 389	.	1 401
* Verarbeitendes Gewerbe ²⁾	Anzahl	114 330	111 331	.	111 668
* darunter Frauen	Anzahl	24 427	23 468	.	23 718
* Baugewerbe	Anzahl	24 414	21 137	.	21 444
* darunter Frauen	Anzahl	2 032	1 985	.	1 980
* Handel	Anzahl	48 015	48 060	.	47 874
* darunter Frauen	Anzahl	27 517	27 397	.	27 263
* Verkehr und Nachrichtenüber- mittlung	Anzahl	15 401	14 412	.	14 233
* darunter Frauen	Anzahl	4 543	4 353	.	4 206
* Kreditinstitute und Versicherungs- gewerbe	Anzahl	12 823	12 631	.	12 604
* darunter Frauen	Anzahl	6 848	6 762	.	6 754
* Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	Anzahl	82 251	84 428	.	84 005
* darunter Frauen	Anzahl	54 449	55 569	.	55 157
* Organisationen ohne Erwerbs- charakter, private Haushalte	Anzahl	9 038	9 422	.	9 275
* darunter Frauen	Anzahl	5 705	5 933	.	5 892
* Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	Anzahl	21 526	21 024	.	21 197
* darunter Frauen	Anzahl	10 257	10 141	.	10 215

ZAHLENSPIEGEL

Berichtsmerkmal	Einheit	1995	1996	1996			1997			
		Monats- durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Arbeitslose	Anzahl	49 257	52 065	50 413	49 903	52 044	56 687	55 782	54 925	56 705
* darunter Frauen	Anzahl	18 309	19 342	18 630	18 522	19 644	21 071	20 922	20 720	21 900
* Arbeitslosenquote										
* Insgesamt	%	11,7	12,4	12,1	11,9	12,5	13,6	13,4	13,2	13,6
* Frauen	%	11,0	11,6	11,2	11,1	11,8	12,5	12,4	12,3	13,0
* Männer	%	12,1	13,0	12,7	12,5	12,9	14,4	14,1	13,8	14,1
* Ausländer	%	23,0	25,8	24,9	24,5	25,3	28,3	27,9	27,4	27,8
* Jugendliche im Alter von unter 20 Jahren	%	8,9	10,4	9,4	9,3	11,7	10,5	9,6	9,2	11,7
* Offene Stellen	Anzahl	4 138	4 191	4 025	4 346	4 357	4 191	4 187	4 711	4 799
* Kurzarbeiter	Anzahl	2 384	7 116	10 824	9 585	3 155	8 834	2 656	1 604	1 736
Landwirtschaft										
Viehbestand										
Rindvieh (einschl. Kälber)	Anzahl	62 043	63 315	.	62 566	.	.	.	64 089	.
Milchkühe	Anzahl	17 026	17 271	.	17 260	.	.	.	17 070	.
Schweine	Anzahl	24 846	24 161	.	.	.	24 842	.	.	.
Schlachtmengen³⁾	t	456	472	432	373	414	476	413	372	360
darunter										
* Rinder	t	203	245	216	163	173	237	186	158	146
* Kälber	t	6	8	6	3	3	8	6	7	4
* Schweine	t	236	211	199	200	229	222	211	202	204
*Konsumeier	1 000	2 666	2 577	2 545	2 553	2 738	2 709	2 387	2 625	2 864
*Geflügelfleisch	t	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	7,6	7,8	8,4	8,0	8,3	8,0	8,6	8,1	8,0
an Molkereien und Händler geliefert	1 000 t	7,3	7,5	8,4	7,8	8,1	7,8	8,5	7,9	7,8
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	14,3	14,9	16,0	15,6	15,5	15,4	16,0	15,6	15,1
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden⁴⁾										
Betriebe	Anzahl	534	529	525	525	525	539	531	530	531
* Beschäftigte ⁵⁾	1 000	113	108	108	108	108	105	105	105	106
* darunter Arbeiter ⁵⁾	1 000	85	81	81	81	81	79	79	79	79
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000 Std.	11 091	10 241	10 251	9 897	10 633	10 965	9 289	10 637	11 057
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mio. DM	559	550	555	555	557	517	549	551	544
* Bruttolohnsumme	Mio. DM	383	373	381	360	377	350	379	365	367
* Bruttogehaltsumme	Mio. DM	176	176	174	195	179	167	170	186	177
Kohleverbrauch	1 000 G J ⁷⁾	10 035	5 396	.	4 418	.	.	.	4 742	.
Gasverbrauch	Mio. kWh	664	607	.	597	.	.	.	551	.
Heizölverbrauch	1 000 t	6	6	.	9	.	.	.	5	.
leichtes Heizöl	1 000 t	3	3	.	4	.	.	.	2	.
schweres Heizöl	1 000 t	3	3	.	5	.	.	.	3	.
Stromverbrauch	Mio. kWh	398	344	337	332	348	376	346	363	367
Stromerzeugung	Mio. kWh	438	27	28	27	31	28	24	22	25
* Gesamtumsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mio. DM	2 604	2 418	2 405	2 386	2 503	2 732	2 350	2 857	2 825
* darunter Auslandsumsatz	Mio. DM	822	836	874	798	867	1 066	911	1 079	1 008
* Index der Nettoproduktion im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden⁸⁾										
1991=100		103,8	100,6	99,9	104,9	106,4	114,4	98,3	114,5	114,8
Kohlenbergbau	1991=100	87,9	78,1	75,6	74,2	81,9	91,4	69,7	87,5	88,9
Ernährungsgewerbe	1991=100	128,6	132,9	130,6	125,0	133,3	141,9	120,3	131,9	146,3
Metallerzeugung- und -bearbeitung	1991=100	96,0	86,7	86,9	86,9	89,2	111,8	94,1	103,3	90,3
Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferrolegerungen (EGKS)	1991=100	95,5	84,8	83,6	84,2	86,6	109,1	97,1	98,7	78,5
Maschinenbau	1991=100	79,4	99,4	64,5	81,3	96,4	113,8	122,5	120,9	131,9
Herstellung von Kraftwagen und -teilen	1991=100	111,5	106,0	115,8	109,3	118,2	121,7	102,6	133,2	119,0
* Vorleistungsgüterproduzenten	1991=100	102,4	96,3	97,0	95,2	109,4	115,4	93,5	110,5	107,1
* Investitionsgüterproduzenten	1991=100	97,3	103,4	88,8	94,1	102,9	107,5	104,6	118,1	124,8
* Gebrauchsgüterproduzenten	1991=100	147,2	137,4	134,4	151,5	135,5	146,7	129,2	173,0	142,7
* Verbrauchsgüterproduzenten	1991=100	113,6	114,4	117,8	110,1	120,9	123,5	105,1	115,9	131,9

Berichtsmerkmal	Einheit	1995	1996	1996			1997			
		Monats- durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Index des Auftragseingangs (Wertindex)⁹⁾										
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	1991=100	109,5	107,1	100,3	101,6	113,4	127,1	116,7	122,5	114,2
* Inland	1991=100	102,8	98,5	93,8	91,4	114,1	113,4	99,3	101,1	106,4
* Ausland	1991=100	122,0	123,5	112,2	120,4	112,2	152,3	148,6	161,9	128,5
* Vorleistungsgüter- produzenten	1991=100	103,0	113,7	97,0	95,2	122,5	139,2	128,8	138,1	135,5
* Investitionsgüterproduzenten	1991=100	104,4	103,1	98,1	91,1	107,7	119,6	109,6	110,5	96,4
* Gebrauchsgüterproduzenten	1991=100	112,1	109,8	108,7	132,1	115,3	119,9	100,6	137,1	118,8
* Verbrauchsgüterproduzenten	1991=100	63,9	58,0	68,3	46,1	50,7	49,6	41,6	46,3	53,9
Produktion ausgewählter Erzeugnisse										
Steinkohlenförderung	1 000 t	681	610	591	579	651	711	541	679	708
Roheisen	1 000 t	306	278	251	276	285	359	297	237	247
Rohstahl	1 000 t	368	338	289	335	350	440	364	331	331
Walzstahlfertigerzeugnisse	1 000 t	259	228	221	226	235	294	260	270	219
Handwerk										
Beschäftigte (Ende des Viertel- jahres)	1976=100	109,5
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	1976=100	219,0
Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mio. kWh	984	1 008	765	941	842	469	427	783	704
* Stromverbrauch	Mio. kWh	748	741	691	662	685	714	647	691	689
Gaserzeugung	Mio. m ³	59	57	56	56	56	56	58	57	60
Gasverbrauch	Mio. kWh	730	755	591	340	350	791	461	374	352
Bauwirtschaft und Wohnungs- wesen										
Vorb. Baustellenarb., Hoch- u. Tiefbau¹⁰⁾										
* Beschäftigte ⁵⁾	Anzahl	14 701	13 722	13 574	13 488	13 495	12 705	12 537	12 590	12 596
darunter Facharbeiter	Anzahl	7 308	6 726	6 716	6 670	6 707	6 223	6 059	6 050	6 191
* Geleistete Arbeitsstunden insgesamt	1 000 Std.	1 459	1 315	1 405	1 369	1 569	1 486	1 174	1 411	1 537
* für Wohnungsbau	1 000 Std.	436	435	450	435	484	454	371	437	494
* für gewerblichen Hochbau ¹¹⁾	1 000 Std.	339	260	278	274	306	282	224	272	306
* für gewerbli. Tiefbau (ohne Straßenbau)	1 000 Std.	117	108	120	128	145	125	107	132	140
für gesamten Hochbau	1 000 Std.	893	780	805	788	892	830	670	807	921
für gesamten Tiefbau	1 000 Std.	566	535	600	581	677	656	504	604	616
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio. DM	60,5	56,6	56,7	53,7	59,3	52,3	52,2	51,9	56,0
* Bruttolohnsumme	Mio. DM	46,9	43,2	44,2	40,6	46,8	39,8	39,9	38,9	42,9
* Bruttogehaltssumme	Mio. DM	13,6	13,3	12,5	13,2	12,5	12,6	12,3	13,0	13,1
* Gesamtumsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mio. DM	.	191,8	201,3	201,3	224,0	183,4	182,9	211,1	212,1
* Auftragseingang ⁴⁾	Mio. DM	.	126,2	126,3	125,9	161,2	158,8	104,3	146,7	117,9
* Wohnungsbau	Mio. DM	.	18,1	25,9	12,8	17,1	18,6	14,4	16,6	16,2
* Hochbau insgesamt ¹¹⁾	Mio. DM	.	34,3	58,9	65,7	97,7	75,4	53,9	63,2	57,6
* Tiefbau insgesamt	Mio. DM	.	7,9	67,4	60,2	63,5	83,4	50,5	83,5	60,3
Bauinstallation u. sonstiges Baugewerbe¹²⁾										
* Beschäftigte	Anzahl	4 346	4 102	4 091	4 154	4 072	.	.	4 211	.
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	485	441	454	432	491	.	.	1 414	.
* Gesamtumsatz	Mio. DM	50,3	51,0	50,9	54,7	50,9	.	.	155,5	.
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	165	184	247	160	228	208	178	250	238
* mit 1 Wohnung	Anzahl	96	120	160	102	147	166	119	178	176
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	34	37	53	34	50	24	43	46	40
mit 3 und mehr Woh- nungen ¹³⁾	Anzahl	35	27	34	24	31	18	16	26	22
umbauter Raum	1 000 m ³	237	228	303	200	275	218	209	280	265
* Wohnfläche	1 000 m ²	40,7	38,2	50,1	33,4	46,7	37,7	34,7	46,9	43,8
Wohnräume	Anzahl	1 918	1 765	2 321	1 605	2 125	1 694	1 580	2 137	2 010
* veranschlagte Baukosten	Mio. DM	96,0	92,7	124,9	82,2	107,4	89,4	87,4	114,7	109,8
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	23	26	23	33	31	30	25	37	35
* umbauter Raum	1 000 m ³	156	138	125	161	104	194	125	164	155
* Nutzfläche	1 000 m ²	26,2	22,0	19,9	27,2	18,8	31,5	17,7	28,5	32,5
* veranschlagte Baukosten	Mio. DM	37,4	32,0	28,9	31,2	26,8	39,4	21,7	43,1	65,1
* Wohnungen insgesamt	Anzahl	523	457	549	429	570	434	361	582	483
* Wohnräume insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 306	2 193	2 708	2 020	2 803	2 160	1 861	2 721	2 585

Berichtsmerkmal	Einheit	1995	1996	1996			1997			
		Monats- durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mio. DM	933,4	942,3	998,9	1 010,4	983,6	1 123,3	1 003,9	1 102,6	1 151,3
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mio. DM	30,3	33,2	20,2	26,0	30,7	22,9	25,0	30,6	31,8
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mio. DM	903,1	909,1	978,7	984,4	952,9	1 100,4	978,9	1 072,0	1 119,5
davon										
* Rohstoffe	Mio. DM	3,9	3,3	4,2	3,3	3,3	3,5	3,0	3,1	5,1
* Halbwaren	Mio. DM	33,9	31,5	32,4	24,1	37,6	38,2	33,6	33,1	31,7
* Fertigwaren	Mio. DM	865,2	874,5	942,0	957,0	912,0	1 058,7	942,3	1 035,7	1 082,7
davon										
* Vorerzeugnisse	Mio. DM	148,3	152,8	158,0	169,3	161,9	196,6	163,3	136,8	182,0
* Enderzeugnisse	Mio. DM	717,0	721,5	784,0	787,8	750,1	862,1	779,0	898,9	900,8
* EU-Länder	Mio. DM	692,7	689,0	752,2	730,1	698,6	778,0	727,0	777,1	796,2
darunter: Frankreich	Mio. DM	242,6	206,0	189,9	201,1	206,1	231,6	222,2	215,4	235,1
EFTA-Länder	Mio. DM	49,6	42,9	40,3	58,6	46,3	38,1	45,0	52,9	41,4
USA und Kanada	Mio. DM	45,3	48,5	55,6	57,4	53,9	86,2	58,4	57,1	84,7
Entwicklungsländer mit OPEC-L.	Mio. DM	68,4	72,3	70,9	81,8	78,7	102,9	72,5	92,7	111,9
Staatshandelsländer in Asien	Mio. DM	5,2	4,4	6,7	3,0	7,3	6,6	5,6	3,1	5,5
Mittel- und Osteuropäische Länder	Mio. DM	49,8	62,7	49,1	52,5	68,5	68,7	65,9	88,3	81,9
Einfuhr (Spezialhandel)										
* Einfuhr insgesamt	Mio. DM	896,3	954,5	971,4	929,7	911,1	1 125,7	1 087,9	1 190,2	1 081,9
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mio. DM	92,2	98,4	99,3	127,0	85,9	118,3	105,3	100,7	106,3
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mio. DM	804,0	856,0	872,0	802,7	825,2	1 007,4	982,6	1 089,5	975,5
* Rohstoffe	Mio. DM	12,9	11,2	11,2	13,4	9,1	15,3	9,7	12,4	11,3
* Halbwaren	Mio. DM	30,9	23,6	28,0	24,1	24,1	22,0	38,2	37,0	34,8
* Fertigwaren	Mio. DM	760,2	821,2	832,8	765,2	792,0	970,1	934,7	1 040,1	929,4
davon										
* Vorerzeugnisse	Mio. DM	94,0	91,8	102,4	79,5	115,1	87,2	89,5	100,9	93,1
* Enderzeugnisse	Mio. DM	666,2	717,0	730,4	685,7	676,9	882,8	845,2	939,3	836,4
* EU-Länder	Mio. DM	817,2	875,3	901,4	854,7	845,7	994,2	986,3	1 061,4	957,6
darunter: Frankreich	Mio. DM	455,6	483,4	506,1	470,0	434,4	559,9	526,9	588,9	500,9
EFTA-Länder	Mio. DM	11,9	9,9	8,8	9,8	13,7	16,3	9,1	12,4	12,8
USA und Kanada	Mio. DM	9,0	9,7	6,7	13,2	8,9	20,0	5,8	14,1	12,4
Entwicklungsländer mit OPEC-L.	Mio. DM	20,6	17,7	17,4	18,8	17,4	24,3	24,4	28,1	27,1
Staatshandelsländer in Asien	Mio. DM	5,9	5,7	7,2	4,2	3,7	10,6	12,7	10,0	8,3
Mittel- und Osteuropäische Länder	Mio. DM	22,9	24,3	22,3	21,8	13,3	40,2	31,8	41,2	42,2
Einzelhandel										
Nominale Umsatzentwicklung										
* insgesamt	1995=100	104,9	106,0	107,9	101,9	109,7	109,6	101,9	103,9	108,5
Handel mit Kraftwagen	1995=100	115,8	121,3	135,7	127,2	137,1	135,0	112,0	133,5	137,5
Tankstellen	1995=100	105,6	115,0	119,6	113,1	128,6	132,2	115,4	119,1	117,0
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)	1995=100	103,0	105,0	104,7	97,7	104,4	105,3	104,0	98,5	104,6
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln usw. (in Verkaufsräumen)	1995=100	103,1	103,7	107,9	104,5	106,4	99,7	102,5	96,2	99,9
Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen Artikeln usw. (in Verkaufsräumen)	1995=100	106,7	113,2	114,3	110,4	117,6	112,8	108,0	117,4	112,6
Sonstiger Facheinzelhandel (in Verkaufsräumen)	1995=100	100,5	95,7	92,3	88,0	96,1	97,3	91,1	87,4	93,3
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	1995=100	102,7	118,7	113,9	105,2	122,2	123,7	106,1	110,1	119,3
* Reale Umsatzentwicklung insgesamt	1991=100	104,0	104,3	106,0	100,2	107,9	108,3	100,5	102,4	106,8
* Beschäftigte	1995=100	101,0	101,0	102,2	102,5	98,8	101,3	100,5	100,6	100,7
Gastgewerbe										
* Umsatz nominal	1995=100	103,9	97,7	104,6	97,1	98,5	100,6	101,3	97,2	99,6
* Umsatz real	1991=100	102,5	94,8	101,7	94,2	95,6	98,5	99,2	94,9	97,3
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	1995=100	98,1	91,5	98,4	95,8	88,3	109,5	114,4	114,8	107,5
Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbißhallen	1995=100	104,8	95,7	102,4	93,0	102,1	103,5	106,5	95,6	108,9
Sonstiges Gaststättengewerbe	1995=100	105,4	105,0	113,9	104,8	98,9	90,2	87,9	88,7	129,7
* Beschäftigte	1995=100	102,4	104,7	106,8	100,9	102,5	106,4	101,7	101,6	98,5

Berichtsmerkmal	Einheit	1995	1996	1996			1997			
		Monats- durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Fremdenverkehr										
* Gästeankünfte	Anzahl	46 441	45 146	52 276	48 690	48 610	51 239	53 531	55 625	54 140
* darunter Ausländer	Anzahl	4 934	5 360	6 424	6 141	6 207	6 134	6 677	7 184	6 609
* Gästeübernachtungen	Anzahl	174 486	177 793	191 737	182 274	197 039	165 550	176 054	181 075	189 580
darunter Ausländer	Anzahl	13 881	14 587	16 733	15 723	16 943	15 781	17 905	17 722	17 811
Verkehr										
* Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	261	245	227	257	304	243	309	161	153
* Güterversand	1 000 t	53	72	66	86	71	86	92	37	54
Kraftfahrzeuge										
* Zulassungen fabrikneuer Fahrzeuge darunter	Anzahl	4 482	4 848	5 914	5 587	5 452	5 999	5 170	5 440	5 466
* Personen- und Kombinations- fahrzeuge ¹⁴⁾	Anzahl	3 990	4 229	5 007	4 700	4 639	4 821	4 246	4 459	4 649
* Lastkraftwagen	Anzahl	165	184	183	189	176	245	193	202	215
Bestand an Kraftfahrzeugen ¹⁵⁾ darunter	Anzahl	663 263	673 995	.	672 909	.	.	.	682 247	.
Personen- und Kombinations- fahrzeuge ¹⁴⁾	Anzahl	579 352	585 185	.	585 671	.	.	.	590 033	.
Lastkraftwagen	Anzahl	26 111	26 812	.	26 459	.	.	.	27 258	.
* Straßenverkehrsunfälle	Anzahl	2 328	2 209	2 092	2 060	2 262	1 955	2 126	2 207	2 160
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	425	426	438	482	498	376	452	513	535
* Getötete Personen	Anzahl	6	7	9	7	10	4	7	5	6
* Verletzte Personen	Anzahl	568	578	597	613	656	493	559	687	715
Unfälle mit Sachschaden	Anzahl	1 904	1 783	1 654	1 578	1 764	1 579	1 674	1 694	1 625
Straßenverkehrsunternehmen ¹⁶⁾	Anzahl	60	59	.	59	.	.	.	53	.
Wagenkilometer insgesamt	1 000	4 714	4 688	.	14 831	.	.	.	14 889	.
Beförderte Personen insgesamt	1 000	7 035	6 887	.	20 579	.	.	.	20 124	.
Erlöse aus Beförderungen ins- gesamt	1 000 DM	11 915	11 941	.	37 547	.	.	.	37 793	.
Geld und Kredit¹⁷⁾										
Kredite und Einlagen¹⁸⁾										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ¹⁹⁾	Mio. DM	34 028	36 310	.	35 036	.	.	.	36 867	.
Kredite an inländische Nichtbanken	Mio. DM	33 119	35 100	.	33 912	.	.	.	35 448	.
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mio. DM	29 608	31 323	.	30 441	.	.	.	31 885	.
an öffentliche Haushalte	Mio. DM	3 511	3 777	.	3 471	.	.	.	3 563	.
Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mio. DM	6 510	6 551	.	6 560	.	.	.	6 461	.
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mio. DM	6 001	5 846	.	6 235	.	.	.	5 869	.
an öffentliche Haushalte	Mio. DM	509	705	.	325	.	.	.	592	.
Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mio. DM	2 022	2 029	.	2 004	.	.	.	1 944	.
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mio. DM	1 697	1 745	.	1 673	.	.	.	1 661	.
an öffentliche Haushalte	Mio. DM	325	284	.	331	.	.	.	283	.
Langfr. Kredite (mehr als 4 Jahre) ²⁰⁾	Mio. DM	24 587	26 520	.	25 348	.	.	.	27 043	.
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mio. DM	21 910	23 732	.	22 533	.	.	.	24 355	.
an öffentliche Haushalte	Mio. DM	2 677	2 788	.	2 815	.	.	.	2 688	.
Einlagen von Nichtbanken insges. ²¹⁾	Mio. DM	32 611	34 187	.	32 524	.	.	.	33 993	.
Sichteinlagen	Mio. DM	5 787	6 593	.	6 044	.	.	.	6 628	.
von Unternehmen u. Privatpersonen	Mio. DM	5 413	6 049	.	5 542	.	.	.	6 101	.
von öffentlichen Haushalten	Mio. DM	244	361	.	343	.	.	.	365	.
Termingelder ²²⁾	Mio. DM	9 299	8 405	.	8 313	.	.	.	7 961	.
von Unternehmen u. Privatpersonen	Mio. DM	7 699	7 227	.	7 105	.	.	.	6 877	.
von öffentlichen Haushalten	Mio. DM	1 367	987	.	980	.	.	.	891	.
Spareinlagen	Mio. DM	14 172	16 083	.	14 963	.	.	.	16 321	.
bei Sparkassen	Mio. DM	8 374	9 301	.	8 738	.	.	.	9 351	.
Sparbriefe ²³⁾	Mio. DM	3 037	2 795	.	2 895	.	.	.	2 773	.
Durchlaufende Kredite	Mio. DM	316	311	.	309	.	.	.	310	.
Gutschriften auf Sparkonten ²⁴⁾	Mio. DM	10 016	9 511	.	1 992	.	.	.	1 815	.
Lastschriften auf Sparkonten ²⁴⁾	Mio. DM	9 260	8 137	.	1 791	.	.	.	1 880	.
Insolvenzen²⁵⁾²⁶⁾										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	322	339	24	40	13	22	31	43	37
* Unternehmen	Anzahl	281	295	23	34	13	21	29	38	33
* Übrige Gemeinschaftsdner	Anzahl	41	44	1	6	-	1	2	5	4
* Beantragte Konkurse	Anzahl	319	339	24	40	13	22	30	43	37
* darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	198	235	18	27	6	15	20	33	31
Angemeldete Forderungen insgesamt	1 000 DM	205 621	206 167	12 968	26 975	8 076	9 712	8 661	82 653	11 462
darunter bei eröffneten Konkursen	1 000 DM	141 205	142 430	3 413	20 330	4 142	5 658	4 945	75 145	4 732

ZAHLENSPIEGEL

Berichtsmerkmal	Einheit	1995	1996	1996			1997			
		Monats- durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten im Saarland										
Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	559 561	514 670	396 831	611 133	430 880	404 412	378 133	583 404	468 642
Steuern vom Einkommen	1 000 DM	308 475	281 839	153 889	387 449	181 912	203 008	170 592	345 226	248 910
Lohnsteuer	1 000 DM	275 178	236 473	215 008	208 975	234 400	208 232	192 172	202 558	267 440
Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	4 830	4 396	-48 164	64 370	- 74 344	- 63 796	- 37 612	36 563	- 56 129
Körperschaftsteuer	1 000 DM	18 484	33 961	21 314	98 885	1 096	31 241	14 209	90 975	21 469
Steuern vom Umsatz	1 000 DM	248 837	232 831	242 942	223 684	248 968	201 404	207 541	238 178	219 732
Umsatzsteuer	1 000 DM	238 007	221 629	229 056	213 360	238 133	187 108	195 547	225 210	200 679
Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	10 830	11 202	13 886	10 323	10 835	14 296	11 994	12 968	19 053
Bundessteuern	1 000 DM	34 470	33 179	21 381	39 889	23 860	22 458	25 392	39 587	24 985
* Landessteuern ²⁷⁾	1 000 DM	38 918	39 206	40 344	40 739	36 637	52 927	28 138	38 538	41 797
* Gemeindesteuern ²⁸⁾	1 000 DM	50 377	58 564	171 837	.	.	.	185 726	.	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	314 771	268 657	232 614	340 857	241 153	212 424	192 777	281 099	249 823
Anteil an den Steuern vom Eink.	1 000 DM	137 389	125 698	66 668	174 990	80 426	91 251	75 199	156 262	110 430
Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	145 397	105 895	119 429	125 951	136 327	98 645	87 787	84 695	114 297
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	1 100	2 304	6 173	27	540	70	4 399	555	111
Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	285 508	297 952	247 548	313 545	231 495	195 122	236 591	348 944	260 257
Anteil an den Steuern vom Eink.	1 000 DM	138 152	126 246	66 668	174 990	81 884	90 836	75 199	156 262	112 740
Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	103 440	126 936	123 513	97 733	112 641	102 759	119 754	153 483	105 435
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	4 973	5 564	17 023	83	333	1 527	13 500	661	285
Steuereinnahmen der Gemeinden u. Gemeindeverbände ²⁸⁾	1 000 DM	88 210	87 189	267 027	.	.	.	275 002	.	.
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto)	1 000 DM	26 340	32 793	89 853	.	.	.	108 922	.	.
Anteil an der Lohn- u. veranlagten Einkommensteuer und Zinsabschlag	1 000 DM	43 776	36 477	119 588	.	.	.	110 655	.	.
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern u. Angestellten m. mittlerem Einkom.										
1991=100		111,4	112,7	112,7	112,9	113,2	113,8	114,4	114,7r	115,6r
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakw.	1991=100	107,1	107,4	107,9	108,0	107,5	108,6	108,9	109,3r	109,2r
Bekleidung, Schuhe	1991=100	107,7	108,7	108,7	108,7	108,7	109,1	109,2	109,2	109,1
Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)	1991=100	113,7	115,2	114,9	115,3	115,4	116,7	117,7	117,7	117,8
Wohnungsmieten (einschl. Nebenkosten)	1991=100	116,4	119,0	118,8	119,4	119,4	120,6	121,7	121,7	121,9
Energie (ohne Kraftstoffe)	1991=100	102,8	99,8	98,9	98,8	99,2	101,1	101,6	101,6	101,4
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	1991=100	108,1	109,0	108,9	108,9	109,0	109,7	109,6	109,9	109,8
Güter für die Gesundheits- u. Körperpflege	1991=100	113,1	114,8	114,9	114,9	115,3	117,7	117,9	117,9	130,9
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1991=100	113,4	116,6	117,0	116,8	116,7	117,2	116,8	117,1	117,4
Güter für Bildung, Unterhalt., Freizeit, Güter für die persönl. Ausstattung	1991=100	109,9	111,0	111,0	111,0	110,8	114,0	115,6	115,6	115,5
Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	1991=100	123,8	123,9	122,9	124,9	131,4	121,7	125,2	126,9	135,0
* Preisindex für Wohngebäude ²⁹⁾	1991=100	114,8	116,0	116,1	.	.	.	116,0	.	.
Löhne und Gehälter³⁰⁾										
* Bruttomonatsverdienste der Arbeiter in Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk										
DM		4 447	4 446	.	.	4 419	4 451	.	.	4 490
* männliche Arbeiter	DM	4 595	4 571	.	.	4 534	4 568	.	.	4 613
darunter Facharbeiter	DM	4 800	4 761	.	.	4 674	4 749	.	.	4 786
* weibliche Arbeiter	DM	3 163	3 257	.	.	3 255	3 366	.	.	3 329
darunter Hilfsarbeiterinnen	DM	3 072	3 183	.	.	3 156	3 349	.	.	3 208
* Bruttostundenverdienste der Arbeiter in Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk										
DM		25,82	26,84	.	.	26,75	27,10	.	.	27,09
* männliche Arbeiter	DM	26,51	27,49	.	.	27,38	27,73	.	.	27,75
darunter Facharbeiter	DM	27,40	28,35	.	.	28,16	28,42	.	.	28,61

Berichtsmerkmal	Einheit	1995	1996	1996			1997			
		Monats- durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* weibliche Arbeiter	DM	19,41	20,39	.	.	20,23	21,09	.	.	20,65
darunter Hilfsarbeiterinnen	DM	18,87	20,03	.	.	19,76	20,87	.	.	20,07
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk	DM	5 907	6 052	.	.	6 038	6 098	.	.	6 116
kaufmännische Angestellte	DM	5 245	5 417	.	.	5 421	5 504	.	.	5 511
* männlich	DM	6 027	6 200	.	.	6 188	6 277	.	.	6 281
* weiblich	DM	4 256	4 409	.	.	4 420	4 500	.	.	4 510
* technische Angestellte	DM	6 444	6 542	.	.	6 511	6 544	.	.	6 576
* männlich	DM	6 553	6 646	.	.	6 615	6 648	.	.	6 680
* weiblich	DM	4 202	4 424	.	.	4 452	4 475	.	.	4 513
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe	DM	4 310	4 189	.	.	4 212	4 327	.	.	4 318
kaufmännische Angestellte	DM	4 284	4 180	.	.	4 195	4 315	.	.	4 311
* männlich	DM	4 992	5 023	.	.	5 050	5 062	.	.	5 085
* weiblich	DM	3 618	3 487	.	.	3 490	3 629	.	.	3 617

1) ohne Landwirtschaft. 2) einschließlich ohne Angabe des Wirtschaftszweiges. 3) aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. 4) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. 5) einschließlich tätiger Inhaber/-innen, ohne Heimarbeiter. 6) einschließlich der gewerblich Auszubildenden. 7) eine Tonne Steinkohleneinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,3 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle, 1 Tonne SKE = 29,308 G Joule. 8) kalendermonatlich. 9) Auftragseingang wird nur bei ausgewählten Wirtschaftszweigen erhoben (s. Statistischer Bericht E I 1). 10) ohne handwerkliche Nebenbetriebe. 11) einschließlich landwirtschaftlicher Bau. 12) ab 1997 Quartalswerte (zum Quartalsende). 13) einschließlich Wohnheime. 14) ab 1.1.1996 sog. "M1"-Fahrzeuge: hierzu zählen neben Fahrzeugen zur Personenbeförderung mit höchstens 9 Sitzen auch Wohnmobile, Krankenwagen u. a. Fahrzeuge zur Personenbeförderung, die bisher nicht den PKW zugeordnet wurden. 15) Jahresende bzw. 30 Juni. 16) ab 1996 Quartalswerte (zum Quartalsende). 17) statt MD Bestand am Jahresende. 18) ohne Kredite von/und Einlagen bei der Landeszentralbank im Saarland. 19) ohne Schatzwechselkredite, Wertpapierbestände, Ausgleichs- und Deckungsforderungen; einschließlich Kredite an Bausparkassen. 20) einschließlich durchlaufende Kredite. 21) einschließlich Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. 22) einschließlich Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. 23) ohne Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaber-Sparschuldverschreibungen, Sparkassenobligationen u. ä.; einschließlich Namenssparschuldverschreibungen. 24) kumulierte Quartalsbestände. 25) Jahresergebnis statt MD. 26) Konkurse und Vergleichsverfahren. 27) einschließlich der steuerähnlichen Abgaben. 28) Vierteljahreszahlen. 29) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. 30) ab Januar 1996 Zuordnung nach der neuen WZ 93 und neuer Berichtskreis im Bereich Handel. Vergleichbarkeit mit Vormonaten bzw. Monatsdurchschnitten ist in der Industrie eingeschränkt bzw. im Handel nicht möglich.

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht.

Bundeszahlen (alte Bundesländer)

Berichtsmerkmal	Einheit	1995	1996	1996			1997			
		Monats- durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung	1 000	66 156	66 444	...	66 431
Arbeitslose	1 000	2 565	2 796	2 683	2 666	2 765	3 031	2 960	2 924	2 990
Männer	1 000	1 464	1 617	1 548	1 524	1 565	1 760	1 706	1 669	1 689
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹⁾										
Beschäftigte	1 000	6 161	5 936	5 942	5 932	5 934	5 738	5 724	5 735	5 752
Geleistete Arbeiterstunden	Mio. Std.	515	485	486	471	487	503	437	481	489
Gesamtumsatz	Mio. DM	162 118	162 388	159 096	160 448	162 633	177 357	156 972	179 869	176 840
Index der Nettoprod. ²⁾ im Bergbau, Gew. von Steinen u. Erden u. Verarbeitenden Gewerbe	1991=100	94,4	94,1	93,3	94,1	94,5	102,5	89,8	103,3	101,6
Kohlenbergbau	1991=100	82,4	76,6	75,7	68,4	73,9	84,8	70,7	75,7	76,3
Vorleistungsgüterproduzenten	1991=100	98,8	97,2	97,6	96,8	98,5	107,4	96,9	107,1	106,9
Investitionsgüterproduzenten	1991=100	91,7	94,0	91,1	96,5	93,8	103,4	88,1	109,1	104,1
Gebrauchsgüterproduzenten	1991=100	83,0	83,3	83,4	82,2	78,1	93,4	73,5	89,5	84,2
Verbrauchsgüterproduzenten	1991=100	93,8	92,1	91,5	89,7	94,2	93,7	83,2	91,4	93,1
Steinkohlenförderung ³⁾	1 000 t	4 429	3 993	3 886	3 535	3 899	4 489	3 534	4 012	4 087
Rohbraunkohlenförderung ³⁾	1 000 t	16 138	15 603	14 932	14 153	14 098	15 059	14 239	14 048	14 209
Produktion von Rohstahl ³⁾	1 000 t	3 479	3 293	3 169	3 285	3 032	3 828	3 776	3 788	3 726
Roheisen ³⁾	1 000 t	2 657	2 279	2 220	2 233	2 194	2 546	2 581	2 519	2 569
Walzstahlfertigerzeugnisse ³⁾	1 000 t	2 953	2 838	2 843	2 867	2 710	3 280	3 135	3 296	3 083
Vorb. Baustellenarb., Hoch- und Tiefbau¹⁾										
Beschäftigte	1 000	968	893	915	912	911	817	819	820	817
Löhne und Gehälter	Mio. DM	4 117,3	3 814	3 956	3 759	4 129	3 432	3 489	3 522	3 721
Geleistete Arbeitsstunden insgesamt	1 000 Std.	96 901	86 510	98 783	97 357	104 606	95 630	79 606	94 094	95 724
für Wohnungsbau	1 000 Std.	39 866	36 306	42 206	41 530	44 314	40 335	34 213	39 988	39 981
für gewerblichen Bau	1 000 Std.	30 478	26 297	28 673	28 037	30 636	28 179	23 064	27 152	28 007
Index der Nettoproduktion ²⁾	1991=100	105,4	97,3	110,3	109,3	118,0	110,6	92,1	109,2	111,3
Handel¹⁾										
Einfuhr (Spezialhandel)	Mio. DM	51 818	55 755	53 120	53 819	56 074	62 878	61 007	64 274	65 758
Ernährungswirtschaft	Mio. DM	5 350	5 648	5 636	5 642	5 803	6 060	5 925	6 205	6 013
Gewerbliche Wirtschaft	Mio. DM	44 650	47 123	45 264	46 079	48 081	52 313	50 458	53 150	54 688
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mio. DM	59 489	64 326	62 737	61 044	67 296	73 285	70 613	77 382	78 701
Gewerbliche Wirtschaft	Mio. DM	55 511	59 039	58 557	56 681	62 582	66 759	64 357	70 286	72 221
Fertigwaren	Mio. DM	51 995	55 327	54 727	53 201	58 565	62 681	60 134	66 128	67 496
Einzelhandelsumsätze in jew. Preisen	1995=100	101	102,3	104,0	97,2	102,6	101,5	100,1	100,2	103,2
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾⁴⁾	1991=100	91,6	91,1	94,7	94,2	93,5	94,1	96,6	93,1	92,3p
Index der Erzeugerpreise gewerbli. Produkte (Inlandsabsatz)	1991=100	103,7	103,1	103,1	102,9	103,0	104,0	104,1	104,2	104,3
Preisindex für Wohngeb. mit MwSt. ⁵⁾	1991=100	115,4	115,3	115,5	.	.	.	114,8	.	.
Preisindex für die Lebenshaltung ⁶⁾	1991=100	112,5	114,1	114,1	114,2	114,6	115,3	115,8	116,1	116,6
Lebenshaltung insgesamt	1991=100	108,6	109,6	110,0	110,2	110,2	110,9	111,7	112,0	111,8
Nahrungs- u. Getränke, Tabakw.	1991=100	108,4	109,3	109,3	109,2	109,1	109,7	109,8	109,7	109,6
Bekleidung, Schuhe	1991=100	121,3	124,8	124,5	124,8	125,0	127,7	128,0	128,3	128,4
Wohnungsmieten	1991=100	101,4	99,6	98,3	98,0	98,6	100,7	101,0	100,9	101,0
Energie (ohne Kraftstoffe)	1991=100	101,4	99,6	98,3	98,0	98,6	100,7	101,0	100,9	101,0
Möbel, Haushaltsgeräte u. andere Güter für die Haushaltsführung	1991=100	109,9	110,9	110,9	110,9	111,0	111,6	111,6	111,6	111,6
Geld und Kredit³⁾⁷⁾										
Bargeldumlauf	Mrd. DM	264	276	261	261	262	269	269	269	270
Einlagen inländischer Nichtbanken bei Kreditinstituten	Mrd. DM	3 021	3 242	3 042	3 050	3 054	3 199	3 214	3 215	3 211
Spareinlagen	Mrd. DM	1 046	1 143	1 089	1 090	1 091	1 153	1 153	1 151	1 149
Kredite an ⁸⁾	Mrd. DM	3 369	3 624	3 447	3 461	3 472	3 680	3 697	3 725	3 731
Unternehmen und Privatpersonen ⁹⁾	Mrd. DM	1 068	1 149	1 117	1 119	1 120	1 188	1 195	1 176	1 200
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	1 068	1 149	1 117	1 119	1 120	1 188	1 195	1 176	1 200

Berichtsmerkmal	Einheit	1995	1996	1996			1997			
		Monats- durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Steuern (ab 1970 ohne durchlfd. Posten)										
Kassenmäßige Einnahmen aus Bundes- und Landessteuern ³⁾	Mio. DM	63 738	62 231	52 122	72 497	54 194	48 277	52 198	71 942	55 593
Veranlagte Einkommensteuer	Mio. DM	1 166	968	- 3 042	7 319	- 4 237	- 4 428	- 3 566	6 001	- 4 657
Umsatz- und Umsatzausgleichsteuer	Mio. DM	19 552	19 767	19 551	19 152	19 188	18 565	20 412	19 667	19 385
Zölle	Mio. DM	589	549	525	511	515	627	583	527	574
Tabaksteuer	Mio. DM	1 716	1 736	1 693	1 785	1 764	1 701	1 809	1 751	2 626
Branntweinmonopol	Mio. DM	403	424	360	396	381	392	343	383	442

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. 2) Originalwert. 3) einschließlich neue Bundesländer. 4) ohne Umsatz- (Mehrwert-) steuer und ohne Aufwertungsanpassung. Die Entwicklung der Indizes sowohl mit als auch ohne MwSt. ist identisch. 5) wird nur für die Monate Februar, Mai, August und November berechnet. 6) aller privaten Haushalte. 7) Stand am Monatsende; statt MD Bestand am Jahresende. 8) Kredite aller Kreditinstitute an Nichtbanken. 9) einschließlich Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost. *) Die Ergebnisse vor 1996 beziehen sich auf das frühere Bundesgebiet vor dem 3.10.1990. Die Ergebnisse ab 1996 beziehen sich auf das Bundesgebiet seit dem 3.10.1990.

Konjunktur aktuell

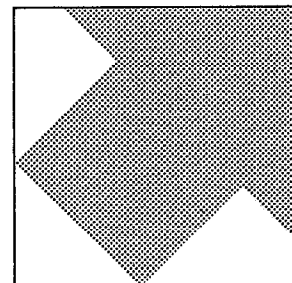
Conjoncture actuelle

Oktober · Octobre 1997

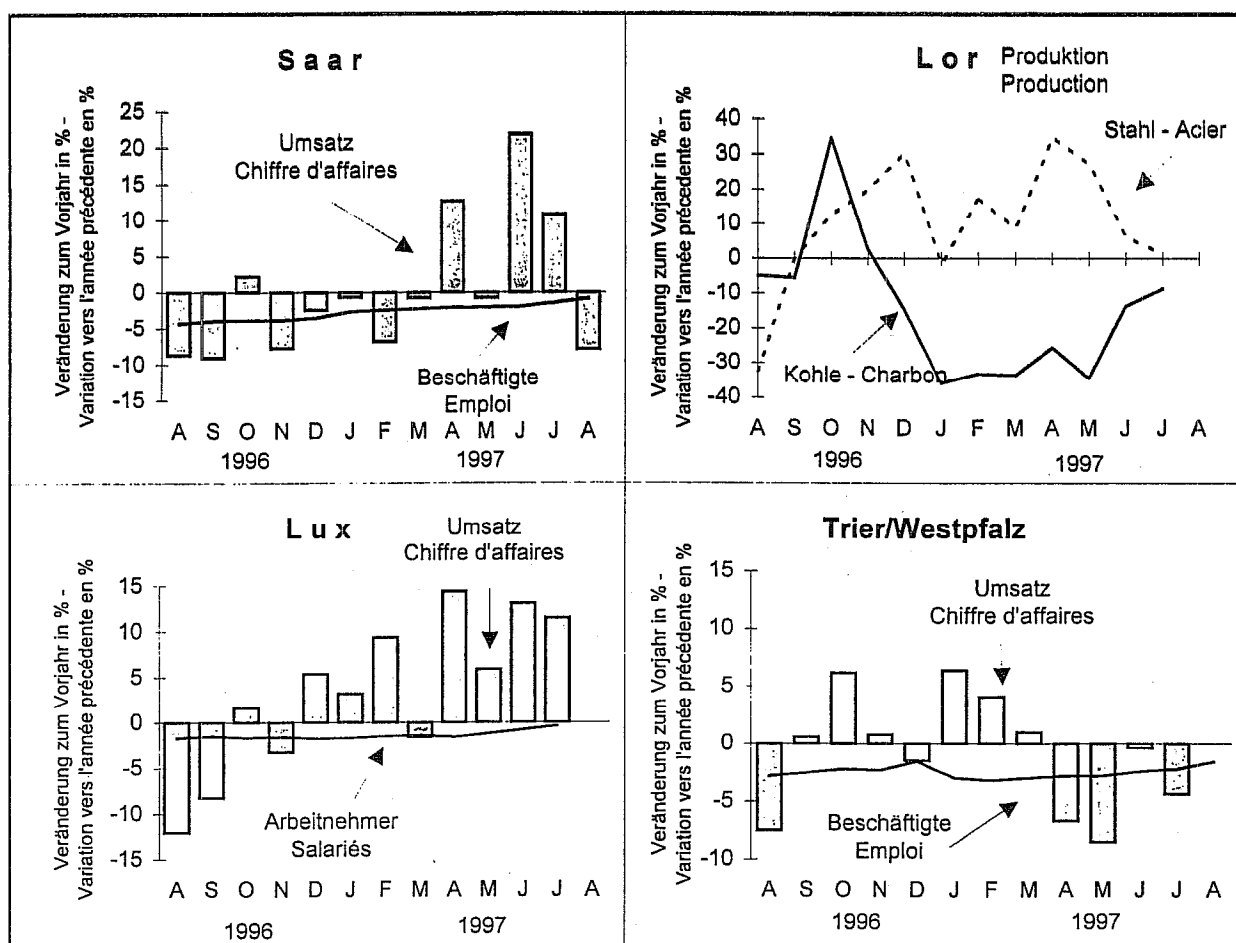
Großregion Saar – Lor – Lux – Trier/Westpfalz

Grande région Saar – Lor – Lux – Trèves/Palatinat occidental

15. 10. 1997



Verarbeitendes Gewerbe · Industries manufacturières



Herausgeber · Editeur : Statistisches Landesamt Saarland, Saarbrücken · Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques (INSEE), Direction Regionale de Lorraine · Service Central de la Statistique et des Etudes Economiques (STATEC), Luxembourg · Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Bad Ems.

Herausgegeben mit dankenswerter Unterstützung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften. Nous remercions la Commission des Communautés Européennes pour leur contribution à la réalisation de cette publication.

007/97/1/BER

Verarbeitendes Gewerbe in der Großregion Saar-Lor-Lux-Trier/Westpfalz
Industries manufacturières dans la Grande Région Saar-Lor-Lux-Trèves/Palatinat occidental

Merkmal Variable	1996					1997							
	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Januar	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
	Août	Sept.	Oct.	Nov.	Déc.	Janvier	Février	Mars	Avril	Mai	Juin	Juillet	Août
	Veränderung zum Vorjahr in % Variation vers l'année précédente en %												
Saar													
Beschäftigte Emploi	-4,4	-4,0	-3,9	-3,9	-3,6	-2,7	-2,5	-2,3	-2,1	-2,1	-2,0	-1,5	-0,9
Umsatz - Chiffre d'affaires	-8,7	-9,1	2,2	-7,8	-2,5	-0,7	-6,8	-0,8	12,7	-0,8	21,9	10,8	-7,9
Lor													
Produktion von Production de Stahl Acier	-32,7	0,0	12,7	19,8	30,3	-1,7	17,3	8,8	34,9	27,4	6,3	1,4	...
Kohle Charbon	-5,0	-5,7	34,6	2,6	-14,6	-35,9	-33,2	-33,6	-25,5	-34,4	-13,7	-8,7	...
Lux													
Arbeitnehmer Salariés	-1,7	-1,5	-1,7	-1,6	-1,8	-1,7	-1,5	-1,4	-1,6	-1,2	-0,8	-0,4	...
Umsatz - Chiffre d'affaires	-12,1	-8,3	1,6	-3,3	5,4	3,2	9,4	-1,6	14,4	5,9	13,1	11,5	...
Trier/Westpfalz													
Beschäftigte Emploi	-2,8	-2,5	-2,2	-2,3	-1,6	-3,0	-3,2	-3,0	-2,8	-2,8	-2,4	-2,2	-1,6
Umsatz - Chiffre d'affaires	-7,5	0,6	6,2	0,8	-1,5	6,4	4,1	1,0	-6,7	-8,5	-0,4	-4,4	0,0

VERÖFFENTLICHUNGEN DES STATISTISCHEN LANDESAMTES SAARLAND

Statistische Berichte im Monat Oktober 1997

Bevölkerungsentwicklung im 2. Vierteljahr 1997 (Bevölkerungsstand am 30. Juni 1997)	A I 1/A I 2 - vj 2/97	Baugewerbe im Juli 1997	E II 1/E III 1 - m 7/97
Bevölkerung nach Alter, Geschlecht und Familienstand am 31. Dezember 1996	A I 3 - j 1996	Baugewerbe im August 1997	E II 1/E III 1 - m 8/97
Wanderungen im 2. Vierteljahr 1997	A III 1 - vj 2/97	Wohngeld 1996	F II 11 - j 1996
Krankenhäuser im Saarland 1995	A IV 2 - j 1995	Einzelhandel im Juli 1997	G I 1 - m 7/97
Sterbefälle 1996 nach Todesursachen, Geschlecht und Altersgruppen	A IV 3 - j 1996	Fremdenverkehr im Juli 1997	G IV 1 - m 7/97
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am 30. September 1996	A VI 5 - vj 3/96	Gastgewerbe im Juli 1997	G IV 3 - m 7/97
Abschlußprüfungen an den Hochschulen des Saarlandes im Studienjahr 1995	B III 3 - j 1995	Straßenverkehrsunfälle im Juni 1997	H I 1 - m 6/97
Ernteberichterstattung 1996	C II 1-4 - j 1996	Kraftfahrzeugbestand am 1. Januar 1997 und Neuzulassungen im Jahr 1996	H I 2 - j 1996
Viehbestände im Dezember 1996	C III 1 - vj 4/96	Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen im Jahr 1996	H I 4 - j 1996
Schweinebestand am 3. April 1997	C III 1 - vj 1/97	Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen im 1. Vierteljahr 1997	H I 4 - vj 1/97
Rindvieh- und Schafbestände am 3. Juni 1997	C III 1 - vj 2/97	Steueraufkommen im Saarland 1996	L I 1/L I 2 - j 1996
Schlachtungen und Fleischanfall im 2. Vierteljahr 1997	C III 2 - vj 2/97	Kommunale Finanzen im Kalenderjahr 1996	L II 2 - j 1996
Milcherzeugung und -verwendung im 1. Halbjahr 1997	C III 3 - hj 1/97	Preisindex für Bauwerke August 1997	M I 4 - vj 3/97
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im August 1997	E I 1 - m 8/97	Verdienste und Arbeitszeiten in Industrie und Handel im Saarland April 1997	N I 1 - vj 2/97
Index der Nettoproduktion und Produktion ausgewählter Erzeugnisse im produzierenden Gewerbe des Saarlandes August 1997	E I 2/E I 5 - m 8/97	Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche nach Kreisen 1984 bis 1994	P II 1 - 2j/1984-1994
		Aktuelle Wirtschaftszahlen für das Saarland Ausgabe Januar bis August 1997	Z 1 - m 8/97
		Konjunktur aktuell Oktober 1997	KA - 10

MITTEILUNGEN DES AMTES

Handbuch Öffentliche Finanzen 1995/96

Soeben ist die 24. Ausgabe des Handbuchs Öffentliche Finanzen erschienen. Als Doppelausgabe stellt das vorliegende Handbuch schwerpunktmäßig die Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistiken 1993 und 1994 für das Land und die Gemeinden/Gemeindeverbände dar. Die öffentlichen Finanzen insbesondere der Gemeinden/Gemeindeverbände werden darin in tiefer Gliederung nach Ausgabe- und Einnahmearten sowie nach Aufgabenbereichen nachgewiesen.

Das Handbuch ist zum Preis von 26,- DM (zuzüglich Porto und Versandkosten) erhältlich.

Bezugsquelle: Statistisches Landesamt Saarland, Virchowstr. 7, 66119 Saarbrücken,
Postfach 10 30 44, 66030 Saarbrücken,
Telefon: (06 81) 5 01 - 59 27, Telefax: (06 81) 5 01 - 59 21.